

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.,
 drei im Haus, vorausschickbar Einzelne
 Nummern 10 Pf. (Vollbezug: Monats-
 zahl 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.— RM., für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Befand im Post-
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Halbbestellungen nehmen an Döner-
 markt, Postamt, Varenburg, Schwaben
 und die Schwelz. Eingetragen in die
 Post-Bestellungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die beauftragte Polonette kostet
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 fertige Wort 20 Pf. (zünftig
 2 fertige Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Fernsprechanzeigen 20 Pf.
Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gesellschaftliche Berichts-
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer zahlen bis
 5 Uhr nachmittags im Lokalgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Schließt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Mittwoch, den 6. Februar 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Massenstreik und Sozialdemokratie

Ueber das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Massenstreik sind aus Anlaß der letzten Bewegung in der bürgerlichen Presse soviel falsche, auf Unkenntnis der elementarsten Tatsachen beruhende Behauptungen aufgestellt worden, daß es notwendig ist, an einige Dinge zu erinnern, die jedem geistig feinen Menschen, der die sozialdemokratische Literatur der letzten Jahre vor dem Krieg mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Bekanntlich hat das Problem des politischen Massenstreiks die Partei gerade in den letzten Jahren vor dem Krieg sehr lebhaft beschäftigt. Das war seit der ersten Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung nicht mehr der Fall gewesen. Damals hatte man über die Frage des Generalstreiks mit den Anarchisten ausgiebig debattiert und war ihnen gegenüber mit Auer der Ueberzeugung geworden, „Generalstreik ist Generalunsinn“. Nämlich der Generalstreik der Anarchisten, der das Allheilmittel war, der alle besorgliche Gegenwartsarbeit überflüssig machen, die große Weltumwälzung mit einem Schlage herbeiführen sollte. Bei dieser Auffassung blieb es. Die Sozialdemokratie hat niemals der Generalstreikidee zuliebe die praktische Arbeit für die Interessen der Arbeiterklasse aufgegeben.

In den neunziger Jahren des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde das Problem des allgemeinen Streiks in Belgien, Oesterreich und Rußland praktisch. In Belgien und Oesterreich erkämpften sich die Arbeiter durch den Streik oder durch die Drohung mit ihm Wahlreformen. In Rußland wurde der Massenstreik das stärkste bewegende Element im Prozesse einer gewaltrevolutionären Entwicklung. Während die Arbeiter dreier Nachbarländer im Kampf für ihre politische Freiheit das Neueste einlehten, lagerte über Preußen-Deutschland die tiefste Reaktion, und der Weg zur Demokratie, den die Arbeiter in verzweifelten Räten suchten, war durch die unübersteigbar scheinenden Barrikaden des preussischen Dreiklassenwahlrechts verrammelt.

So war es nur natürlich, daß sich die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratische Parteilage sehr lebhaft mit dem Problem des politischen Massenstreiks beschäftigten. Es kamen dabei in der Hauptsache zwei Richtungen zum Vorschein, die man als die voluntaristische und die evolutionistische bezeichnen könnte. Die eine, deren glänzender Wortführer Ludwig Frank geworden war, ging darauf aus, die Arbeiter mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß die Demokratisierung Deutschlands die entscheidende Frage in ihrem Befreiungskampfe sei, und sah in dem Massenstreik ein Bewußtsein zur Erreichung demokratischer Ziele angewandtes Machtmittel. Man kann sie voluntaristisch nennen (von voluntas Willen), weil sie auf den bewußten Willen das Hauptgewicht legte. Ihr entgegen stand die evolutionistische, stärker mit der wirtschaftlichen Entwicklung rechnende Richtung, die besonders von Karl Kautsky vertreten wurde. Diese Richtung maß dem Willensfaktor eine geringere Bedeutung bei und sah, wie man es mit einiger Liebertreibung ausdrücken darf, im Massenstreik eher die unwillkürliche, aber unter bestimmten Umständen notwendige Erscheinungsform eines revolutionären Entwicklungsprozesses.

Keine dieser beiden Richtungen zeigte Neigung, zu den überholten Ideen der anarchischen Generalstreikpropaganda zurückzukehren. Und beide behandelten den Massenstreik lediglich als Friedensproblem. Der Massenstreik als ein Mittel, Kriege zu verhindern, war von den deutschen Delegationen auf allen internationalen sozialistischen Kongressen konsequent zurückgewiesen worden. Es ist nicht ohne Reiz, daran zu erinnern, daß Aristide Briand, der nachmalige französische Ministerpräsident im Kriege, und Gustave Hervé, der Herausgeber der „Victoire“, seine höchsten Anwälte gewesen sind.

Als der Krieg ausbrach, hat sicher kein Sozialdemokrat daran gedacht, daß es in seinem Verlauf zu massenhaften Arbeitseinstellungen kommen könnte. Kein Sozialdemokrat hat es gewollt, keiner hat es für möglich gehalten. Wenn das Nichtgeschehen und Unwahrscheinliche dennoch Tatsache geworden ist, so ist das ein Beweis dafür, daß die Dinge eben oft stärker sind, als die Menschen.

Die Entwicklung der Meinungen über den Massenstreik während des Krieges ist aus begrifflichen Gründen weniger klar, als sie es vor dem Kriege gewesen ist. Dennoch ist die Annahme der bürgerlichen Presse, daß links von der heutigen sozialdemokratischen Partei nur Massenstreik-Apostel zu finden seien, jedenfalls falsch. Der Glaube, daß es möglich sei, den gegenwärtigen Krieg durch den allgemeinen Generalstreik in allen Ländern zu beenden, ist weitgehend auf viel engere Kreise beschränkt. Und am wenigsten Anhänger dürfte die Theorie der Petersburger „Pravda“ finden, die den Zeitpunkt für die Einleitung der bolschewistischen Weltrevolution in allen Ländern gekommen sieht.

Dieses in Deutschland kaum aufzufindende Extrem, das doch im Keim vorhanden und entwicklungsfähig ist, wird notwendigerweise gestärkt und entwickelt durch jede reaktionäre Gewaltmaßregel, durch die Schwäche der Regierung und des Parlaments. Nur eine feste, auferst

linke Gruppe ist eine grundsätzliche Gegnerin des Parlamentarismus und jähzt deshalb den Volkswilli zu, welche die Konstituante auseinander getrieben haben. Die ganze Sozialdemokratie und ein großer Teil der links von ihr stehenden Elemente ist grundsätzlich demokratisch und bereit, in der rechtmäßig gewählten Vertretung des Volkes eine Trägerin der Staatsautorität zu achten. Um so bedauerlicher und bedenklicher ist es, daß der Reichstag in der gegenwärtigen Situation so traurig versagt hat. Indem die bürgerlichen Parteien sämtlich der von der Sozialdemokratie geforderten Wiedereinberufung des Reichstags widersprachen, haben sie einen ungeheueren Fehler begangen und eine schwere Schuld auf sich geladen. Ihr Verhalten wirkt nach einer ganz anderen Richtung, als sie es vorausgesehen hatten: es schädigt den Reichstag und das Prinzip des demokratischen Parlamentarismus in den Augen der Massen und leistet damit der antiparlamentarischen Propaganda einer alleräußersten Linken Vorschub.

Die Sozialdemokratie kann sich indes durch solche menschlich allzumenschliche Erscheinungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Dieser Weg geht über die Demokratie zum Sozialismus. Die Partei wird darum ihr Möglichstes tun, um aus den Ereignissen der letzten Tage das Beste zu machen: schädliche Wirkungen abzuwehren und, auf die Erfahrungen der letzten Zeit gestützt, den im Volk vorhandenen elementar zum Ausbruch gelangten Willen nach Demokratie und Frieden noch energischer als bisher zu vertreten.

Einstimmiger Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Vorgehen der letzten Tage Stellung zu nehmen. Die Sitzung war sehr stark besucht. Genosse Scheidemann erstattete einen anschaulichen Bericht, insbesondere über die Maßnahmen, die vom Parteivorstand ergriffen wurden.

In diesen Bericht schloß sich eine rege Aussprache, die damit endete, daß die Fraktion einstimmig dem Beschluß des Parteiaususses vom 30. Januar beiträt.

Was bedeutet das?

In den Berliner Konferenzen zwischen Kihlmann, Czernin und Rudendorff teilt der „Lokalanzeiger“ mit, daß auch der Chef des Generalstabs im Osten, General Hoffman, an ihnen teilgenommen habe. Dieser habe im Laufe des Montag verschiedene Unterredungen, u. a. auch mit dem Abg. Erzberger gehabt. Weiter schreibt das Blatt:

Es stehen schwarzwehende Entschlüsse bevor, zu denen man sich in der Hauptsache durch die schädlichen Wirkungen genötigt sieht, die durch die Arbeiterausstände in Oesterreich-Ungarn und in Deutschland auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der militärischen Lage hervorgerufen worden sind. Wir kommen auf diese Angelegenheit noch ausführlich zurück. Die Festigkeit der Staatsleitung und die klaren Dispositionen der Obersten Heeresleitung schließen, soviel können wir jetzt schon versichern, jeden Grund zur Beunruhigung aus, auch wenn die Unterhandlungen in West-Berlin einen anderen, als den zunächst gewünschten Verlauf nehmen sollten.

Die Deffenlichkeit hat ein großes Interesse daran, sehr bald zu erfahren, was mit den „schwerwiegenden Maßnahmen“ gemeint ist.

Berlin, 5. Februar. Staatssekretär v. Kihlmann und Graf Czernin begeben sich heute abend zur Fortsetzung der Verhandlungen nach West-Berlin.

Intervention in Finnland? Die Aktivistenbewegung in Schweden.

Stockholm, 5. Februar. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die aktivistische Stimmungsmache dauert fort, aber neben der optimistischen Note über den Siegeszug der Schützenkorps wird jetzt die pessimistische angeschlagen. „Aftonbladet“ behauptet, daß ein finnischer Regierungskurier hier berichtet, daß die Schützenkorps der Uebermacht nicht standhalten könnten, wenn Schweden nicht scheinung Waffentransit gestatte. Wenngleich die Forderung mit dem Hinweis auf das Eingreifen der Russenhilfe begründet wird, zeigt sie die Unwahrheit der Behauptung, daß die Reichheit der finnischen Arbeiterschaft den Rotgardisten feindlich gegenüberstehe. Ueberhaupt muß vor Tendenzen gewarnt werden, welche aus dem Bürgerkriege, der ein durch nationale Gegensätze verhärteter Klassenkampf ist, eine Banditenrevolte machen. Zweifellos kommt Gewalttaten vor, aber für Massenmorde, wozu die hiesige Bürgerpresse phantasiert, liegen

keinerlei Beweise vor. Dagegen kommt die Nachricht, daß die revolutionäre Regierung strenge Maßregeln gegen Willkürakte anordnete.

Tatsache ist, daß die finnische Sozialdemokratie, welche nicht einmal auf bolschewistischem Standpunkt steht, die Leitung der Revolution übernahm. Anwohrt ist auch, daß Finnlands Unabhängigkeit von dem Siege der Bürgerregierung abhängt, da die Arbeiterpartei sie mindestens ebenso entschieden vertritt als die Aktivisten, von denen man eine grob-schwedische Imperialismus abhängen.

Merkwürdig ist das jetzige Verhältnis der Bürgerregierung zu Rußland, da wohl tatsächlich, aber nicht völkerrechtlich Kriegszustand besteht. Die Schützenkorps, welche russische Garnisonen angreifen, sind ebensowenig Staatsmilitär wie die Rotgardisten. Die hiesige Presse, einschließlich „Sozialdemokraten“, publiziert ein Inserat, worin ein Komitee für freiwillige Finnlandshilfe die in Schweden lohnenden Finnen zur Teilnahme an der Vertreibung der Russen und zur Unterdrückung des Aufstandes auffordert, nachdem die aktivistische „Allhanden“ schon gestern einen ähnlichen Aufruf an Schwedens Männer richtete und in der bürgerlichen Presse Inserate über den Anlauf von Maschinengewehren erschienen. Dagegen publiziert die jungsozialistische „Politiken“ einen Aufruf an die schwedischen Arbeiter für Errichtung einer freiwilligen Garde zur Unterstützung der finnischen Revolution.

„Sozialdemokraten“ erklärt im Leitartikel, daß die Ablehnung der bewaffneten Einmischung keineswegs eine diplomatische Demarche gegen die Verletzung der finnischen Unabhängigkeit ausschließt, was bei den Beziehungen dieses Blattes beachtenswert ist. „Sozialdemokraten“ fügt indes hinzu, daß die Organisation bewaffneter Verbände auf schwedischem Boden unzulässig ist. Hinter dem Aktivistentreiben steckt die Absicht, die Linksregierung zu stürzen, was energisch abgewehrt werden müsse.

Unter weiteren Gesichtspunkte beurteilt die liberale „Stockholms Tidningen“ die Situation. Der finnische Revolutionskrieg bedrohe die Nachbarländer mit dem Uebergreifen des Klassenkampfes. Obgleich das Blatt die Ablehnung der bewaffneten Intervention gutheißt, fordert es gleichfalls anderweitige Intervention. „Dagens Arbeter“ folgert aus dem Anwachsen des Klassenkampfes die Notwendigkeit baldigen Friedensschlusses für die bürgerlichen Regierungen.

Hast man die Äußerungen der hiesigen Meinung zusammen, so gewinnt man den Eindruck, daß die aktivistische Strömung sehr stark ist und bei irgendwelchen Zwischenfällen ihre vorläufigen Meinungen befestigen könnte.

Stockholm, 4. Februar. (Meldung von Svenska Telegrambyråen.) Ein Telegramm des Generalpostamts aus Haparanda meldet, daß die Post aus Schweden in Lornea nicht mehr angenommen worden sei; man erwarte alsbald einen Angriff der Roten Garde auf Lornea.

Der Prozeß gegen Solo-Pascha.

Paris, 4. Februar. Die Ghabas meldet, begann heute hier vor dem dritten Senat des Kriegsgerichts der Prozeß gegen Solo-Pascha, welcher vor Gericht gestellt worden ist unter der Beschuldigung, Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben, in der Absicht, dessen Unternehmungen zu fördern:

1. In der Schweiz in der Person des Mediven von Negyten Abbas-Silmi und Jusuf Sabil Pascha.
2. In Paris, indem er von Cavallini eine Geldsumme annahm, die von Deutschland an den Mediven geschickt worden war, um eine friedensfeindliche Bewegung hervorzurufen.
3. In den Vereinigten Staaten, indem er sich durch Deutschland eine bestimmte Summe zustellen ließ zu dem Zweck, eine Wandlung der öffentlichen Meinung in der französischen Presse herbeizuführen.
4. In Paris, indem er Geld an die Presse, besonders an den Direktor des „Journal“ zahlte.

Cavallini wird beschuldigt, Beziehungen mit Deutschland unterhalten zu haben in der Absicht, dem Feinde Vorschub zu leisten, indem er Solo-Pascha eine Geldsumme übermittelte und versuchte, die Aktien des „Figaro“ mit Summen, die aus Deutschland stammten, zu kaufen. Professore wird der Teilnahme an Verleumdungen der oben genannten Straftaten beschuldigt.

Die Verteidigung beantragt, als Zeugen zu laden Sabil Pascha, Abbas-Silmi Pascha, den Grafen Romanones und den Amerikaner Hearst. Der Regierungskommissar Monnet erwiderte, die an diese Zeugen abgeschickten Telegramme seien unbeantwortet geblieben. Das Gericht verwarf daher einstimmig die von der Verteidigung beantragte Vertagung des Prozesses. Darauf verlas der Gerichtsschreiber die Anklageschrift,

welche u. a. besagt, daß v. Jagow die erforderlichen Geldmittel geliefert habe. Nach der Parnereschlacht habe Deutschland erkannt, daß der brutale Angriff

nicht zum Ziele führen würde. Es habe daher eine Annäherung an Frankreich gewünscht, um eine Schwärzung zu machen und England zu belegen. Es habe daher die öffentliche Meinung für einen Sonderfrieden vorbereiten müssen. Der Feind habe sich entschlossen, große Geldopfer zu bringen. Deutschland wolle auf Parlament und Presse Einfluss ausüben durch bestimmte Nachrichten, die in geschickter Weise durch im Solde Deutschlands stehende Agenten verbreitet werden sollten, um Verwirrung anzuküpfen und den vaterländischen Entschluss in Paris zu führen.

Krylenko von den Polen verhaftet. Kiew von den Ukrainern zurückgewonnen?

Volks-Bureau meldet: Ein Junker aus Kiew vom 2. Februar meldet, daß Mokilew, der Standort der rumänischen Obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt und Oberbefehlshaber Krylenko mit seinem ganzen Stabe verhaftet wurde.

Nach dem gleichen Junker wurde der Aufstand der Bolschewiki in Kiew von den Ukrainern unterdrückt. In die Folge des nun gewählten ukrainischen Ministeriums wurde der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation in West-Bukowina Dolbowitsch gestellt. Alle ukrainischen Truppen stellten sich auf die Seite der Kiewer Zentralrada. Die Truppenteile der Bolschewiki zogen schlenkig aus der Ukraine nach Rußland ab.

Der Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren versammelt, auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein.

Sinnland und Ukraine.

Völkswirtschaftliche Anstrengung „An Alle“.

Berlin, 5. Februar. (W. Z. V.) Die Völkswirtschafts-Nachrichten hat gestern nachstehenden offenen Junkerbrief abgedruckt:

An Alle dringend. An alle Schiffe. Kameraden! Referent hat kein Einziges für seine Entlassung zur Referende nehmen, so lange die bürgerliche weiße Garde von Sinnland nicht vernichtet ist. Ihr Sieg ist der Schlüssel unserer Revolution. Bewusstheit wird in der nötigen Menge gesandt werden.

Zu einem Junkerbrief „An Alle“ aus Petersburg vom 28. Januar 1918 heißt es über „Die Rada und Rumänien“: Die Erfahrungen der Alliierten mit der Rada, welche sie gegen die Macht des Rates unterstützten und welche die Macht des Rates und alle Verbündeten durch eine Verständigung mit Österreich und Deutschland verrotten sollte, haben sich als nicht genügend erwiesen. Zum Glück hat die Rada trotz der Unterstützung durch London, Paris und New York eine entscheidende Niederlage erlitten. Jetzt werden dieselben Experimente auch in Bezug auf Rumänien angewandt. Die rumänische Oligarchie ist bereit, die Hilfe Frankreichs, Amerikas und Englands anzunehmen, um in jedem beliebigen Augenblick das rumänische Volk an Österreich-Ungarn und Deutschland zu verkaufen. Es ist schwer, auf der ganzen Erde eine zweite Clique zu finden, welche der rumänischen an Ehrlosigkeit und Verdröcktheit gleichkäme. Die Niederdrückung dieser Clique ist eine Ehrenfrage für die europäische Demokratie. Die verbündeten Imperialisten halten es für eine Ehrenfrage, die rumänischen Banditen zu unterstützen. . .

Ein bürgerliches Urteil über die Lage in Rußland.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Wie schwer es ist, über die russischen Dinge aus der Ferne zu urteilen, geht aus der merkwürdigen Tatsache hervor, daß auch die Ansichten nicht sozialwissenschaftlicher Engländer aus dem Ausland über die Lage, die Stimmung und die Aussichten des revolutionären Rußland durchaus verschieden lauten. Während die zum größten Teil aus der schwedisch geschriebenen finnischen Presse entnommenen Selbstzeugnisse der hiesigen bürgerlichen Mütter und die oft von antihörschaftswissenschaftlichen russischen Sozialisten inspirierten oder geschriebenen Artikel des „Sozialdemokraten“ in dunklen Tinten malen, fehlt es nicht an Äußerungen aus durchaus nicht zu den jungsozialistischen Freunden der heutigen Petersburger Regierung gehörenden Kreisen, die in weit lichteren Tönen zu schalten sind. Mag man die politischen Methoden der Bolschewiki und ganz besonders den von diesen nicht verhehlten Anspruch, sie als Regel moderner sozialrevolutionärer Taktik für die ganze übrige proletarische Welt als allgemeines gültig hinzustellen, noch so sehr anfechtbar finden, so wird man doch an diesen günstigen Beurteilungen nicht vorübergehen dürfen. Unter diesen verdienen die des Direktors der „Rada Banken“ Wschberg besondere Aufmerksamkeit, weil man diesen gewiegten Finanzmann, der oben drein durch persönliche Beziehungen zum Brantingischen Kreis sicher nicht zu Bolschewikischen Sympathien verstimmt ist, schließlich des politisch dickeren Verstandes verdächtigen kann, daß ja aus Besorgern sozialer Privilegien nicht gar selten Schmätzer des Sozialismus wach.

Herr Wschberg hat wiederholt Reisen nach dem revolutionären Rußland unternommen. Von seiner letzten ist er soeben zurückgekehrt und er hat seine Eindrücke Redaktionen des sozialistischen „Politiken“ und des bürgerlich-radikalen „Dagens Nyheter“ mitgeteilt. Herr Wschberg leidet mit sammergeisterter Gesinnung beim, er hat u. a. die Ausnahmegenehmigung einer großen Quantität Maschinen erhalten, gleichzeitig hat der sozialistische Führer Lindhagen in Petersburg die Ausfuhr einer ansehnlichen Ladung Tee erlaubt, und die Erfahrung, daß das Finanzkapital auch mit Bolschewik gute Geschäfte machen kann, wird wohl nicht ohne Einfluß auf die Temperaturschwankungen geblieben sein. Aber angesichts der von so verschiedenen Seiten, vom Sozialmann bis zum Sozialdemokraten unternommenen Versuche, das Charakterbild des Bolschewismus zu zeichnen, fordert das Interesse an der historischen und politischen Wahrheit, Aufmerksamkeit auch für die vom genannten Finanzmann gezogenen Schlüsse.

Herr Wschberg erklärt, den Eindruck bekommen zu haben, daß die Bolschewiki noch immer Herzen der Lage seien. Vorgänge, wie die Auflösung der Konstituante, dürften man nicht nach den für normale Verhältnisse geltenden Maßstäben beurteilen. Die Rettung der Revolution habe wichtiger geschienen, als langsame parlamentarische Diskussionen. Die Konstituante habe durchaus nicht den allgemeinen Ansehen im Volke gehabt, den man im Ausland vermutet habe. (Nach den Berichten der nichtbolschewistischen Presse hatten indes die Kundgebungen zugunsten der Versammlung einen großartigen Charakter, der Demonstrationen in Petersburg z. B. soll die Länge von einem Meile gehabt haben,

Artilleriekampf in Flandern — Englische Erkundungsvorstöße — Deutsche Stoßtruppaktion bei Beaumont — Gefechts-tätigkeit bei St. Mihiel.

Amlich. Großes Hauptquartier, 5. Februar 1918. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von der Küste bis zur Yser Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Boesinghe-Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes sowie zwischen Passchendaele und Serelaere beträchtlich steigerte. Auf südlich von der Yser, am La Bassée-Canal und an der Scarpe lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf.

Bei erfolgreichen Erkundungen südlich von Armentières und bei Graincourt wurden einige Engländer gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Radische Stoßtruppe drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und zehrten mit 23 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren in ihre Linie zurück.

Heeresgruppe Geraud Albrecht.

Auf den Maasböden nördlich und südlich von St. Mihiel lebte die Gefechts-tätigkeit am Nachmittag auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalstabschefmeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 5. Februar 1918, abends. Amlich.

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 5. Februar 1918. Amlich wird veröffentlicht:

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.



bei allerdings sehr geringer Beteiligung von Seiten der Armer. (Die Red.) Die Bolschewiki haben übrigens auch unter den bürgerlichen Bewunderer ihrer Energie und ihrer Arbeitskraft, und man gibt offen zu, daß, wenn sich die Bolschewiki von der Regierungsmacht zurückziehen, nichts da ist, um sie zu ersetzen. Bezeichnend für den steigenden Einfluß der Bolschewiki ist, daß die Anerkennung ihrer Regierung durch Amerika nahe bevorsteht.

Die ökonomische Lage sieht Direktor Wschberg nicht so pessimistisch an. In den Dekreten über die vollständige Sozialisierung von Boden, Unternehmungen, Kapital und Handel sieht er hauptsächlich eine Demonstration, da die Bolschewiki wohl verstanden, daß Rußland allein eine ökonomische Revolution nicht durchführen könne. Was die Annulierung der Staatsschulden betrifft, so hat der Volkskommissar für die Finanzen Menschinski, Wschberg mitgeteilt, daß ein solches Dekret — bisher ist die Sache nur im Prinzip beschlossen — den kleinen Mann nicht in Mitleidenschaft ziehen würde. Und die Notwendigkeit der ausländischen Kredite werde von Menschinski wohl verstanden. Im übrigen sehe es ökonomisch mit Rußland nicht so trübselig. Die Staatsschulden von 60 Milliarden Rubel bestanden sich bei dem reduzierten Geldwert auf etwa 20 Milliarden. Niehe man die ungeheuren Naturkräfte Rußlands und die Möglichkeit ihrer vielfachen Ausbeute in Betracht, so komme man zu dem Ergebnis, daß sich Rußland am leichtesten unter allen Kriegführenden Wahlen erholen könnte. (Sollte diese Möglichkeit nicht doch mehr

theoretisch gegeben sein, bei dem Zustand des russischen Verkehrslebens, der allgemeinen Desorganisation und der zu erwartenden Rückführung der Bevölkerung auf das flache Land? Und wäre etwa seine erweiterte Preisgabe der russischen Naturkräfte an das fremde Finanzkapital eine Verwirklichung des Kommunismus? (Anmerk. d. Red.)

Über die Handelspolitik der Regierung teilte der Abteilungschef für den Auslandsverkehr Bronski Herrn Wschberg folgendes mit: Alle Bölle werden aufgehoben. Der Staat kontrolliert Einfuhr und Ausfuhr und verhindert die Einfuhr unnötiger Artikel. Im Ausland werden Heberwachungsstellen eingerichtet, die die Ausfuhr von Waren mit eingeführt russischen Waren verhindern wollen. Bei der Sozialisierung der Banken werden die Aktien der Privatbanken, gegen verzinsliche Staatsbankaktien ausgetauscht werden.

Norwegen vor der entscheidenden Wahl.

Die Antwort der norwegischen Regierung auf die Vorschläge des amerikanischen Handelsministeriums bezüglich der Zufuhr von den Vereinigten Staaten nach Norwegen ist am Dienstag in Kristiania veröffentlicht worden.

Die Antwort betont den festen Willen des norwegischen Volkes, neutral zu sein. Norwegen könne darum in seiner Handelspolitik keine Verbindungen mit einem der Kriegsteilnehmer nicht abbrechen, ohne Befürchten zu müssen, daß die Neutralität in der Abgemeinheit nicht aufrecht erhalten werden könnte. Norwegen habe die berechnete Forderung, daß dem Lande nicht das tägliche Brot vorenthalten und das Land dadurch vor die Wahl zwischen einer vollständigen Rottage oder einem Vertrag, der eine Gefahr für seine Neutralität, möglicherweise den Krieg bedeute, gestellt werde.

Die Antwort betont ferner, daß Norwegen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Alliierten die bedeutende Vorteile geleistet habe, besonders durch die Schiffahrt unter großer Aufopferung von Menschenleben und Schiffen. Norwegen werde sich nicht ohne große Schwierigkeiten verpflichten können, Deutschland nicht Schwefelers, Calciumcarbid, Calciumnitrat usw. zu liefern, da Deutschland bezüglich dieser Waren ein alter Kunde Norwegens gewesen sei.

Die Antwort erklärt schließlich, Norwegen habe versucht, den Vereinigten Staaten entgegenzukommen, insofern es die Lebensinteressen des Landes zulassen. Norwegen habe den größten Teil seiner Ausfuhr angeboten, um die für seine nationale Gesundheit und Produktivität notwendige Zufuhr zu bekommen.

Norwegen lernt jetzt die Wahrheit des alten Volkswortes kennen, daß es gefährlich ist, den kleinen Fingern zu reichen. Es sagt selbst, daß es viel mehr als nur das Hingegen habe. Nur ist die ganze Hand schwer in Gefahr.

England und Persien.

Die Stockholmer „Aha Dagligt Allehanda“ hat am 2. Februar eine Unterredung ihres Berliner Berichterstatters mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn v. d. Quasche, über die englische Politik in Persien gebracht. Nach dem Bericht von Volks-Bureau geht der Unterstaatssekretär darin von der durch persische Blätter gebrachten Nachricht aus, daß die Russen ihre Truppen aus Nordpersien nach jahrelanger willkürlicher Brandstiftung zurückziehen begonnen haben. Zur Ergänzung hierzu gebe England, die Beschäftiger der kleinen Nationen, nicht nur seine anglo-indischen Truppenkontingente nicht aus Persien zurück, sondern lasse auch die englischen Gendarmetruppen, die South Persian Rifles, bestehen. England handele damit gegen den ausgesprochenen Wunsch der persischen Regierung, die eine rein persische Gendarmetruppe unter Führung der bewährten schwedischen Offiziere besetzen wolle, und verweigere so auch dieses bedeutsame Selbstbestimmungsrecht der Perier.

Der Unterstaatssekretär kommt weiter auf die angebliche Kündigung des englisch-russischen Vertrages von 1907 zu sprechen, auf den sich Lord Curzon als einen Akt von Selbstlosigkeit so viel zugute tut, und der die Teilung des sowjetischen Staates Persien in eine russische, englische und neutrale Zone festsetze. Nach der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente habe England im übrigen im Jahre 1916 auch noch den größten Teil der bisher neutralen Zone für sich in Anspruch genommen. Würde der Vertrag von 1907 jetzt gelündigt, so bedeute das, England wüßte freie Hand auch im Norden Persiens. Dieses Land gehe damit dem Schicksal Irlands, Ägyptens und Indiens entgegen.

Hierbei wies Freiherr v. d. Quasche auf die Bemerkung des Russen Suchanow hin, wonach die englische Regierung Persien erklärt hat, England könne seine Truppen aus Südpersien nicht zurückziehen, weil sonst die in Mesopotamien stehenden britischen Kräfte gefährdet würden. Die Neutralität Persiens sei also nur eine Fiktion, die für das englische Heer bei Bagdad auf persischem Boden und mit persischem Geld.

Kriegspropagandist bis zum Ende.

Aus Stockholm schreibt man uns:

Während sich in der Arbeiterkassette aller Länder der Friedensgedanke immer mächtiger regt, hat Wandervelde, der sozialjapan noch immer Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Bureaus ist, keine anderen Sorgen, als sozialistische Arbeiter den Imperialisten der einen Gruppe zuzutreiben. Er hat einen Aufruf an die schwedischen Arbeiter gerichtet, der sie im Namen der Demokratie und der Neutralität auffordert, die Erzaussuhr nach Deutschland zu verhindern und ihnen dafür Unterstützung bei den jetzigen Verhandlungen in London verweigert, die bekanntlich den Austausch schwedischer Handelskontingente gegen in Schweden mangelnde Nahrungsmittel und andere Waren zum Gegenstand haben.

Daß Wandervelde die für eine mit den Bestrebungen der deutschen sozialistischen Massen so sehr in Widerspruch stehende Propaganda berufenen Tribune gefunden hat — den hiesigen „Sozialdemokraten“ —, ist nicht zu beklagen, aber sicher ist, daß das proletarische Publikum Schwedens an Rückschlüssen, wie sie der belgische Minister gibt, nicht mehr Gefallen findet, als die Arbeiter von Paris, die ihn endgültig ausgeschiffen haben. Natürlich werden die schwedischen Arbeiter den Tag begrüßen, wo kein Erz mehr für die Waffenindustrie ausgeführt wird, aber sie sind wahrlich nicht so dumm, um zu glauben, daß der Frieden schneller kommt, wenn statt einer Partei die andere ins Land gesetzt wird, die Offensive zu ergreifen, und nicht so blind, um sich

den Weg zur sozialistischen Demokratie just vom fanatischsten Saboteur der Stockholmer Konferenz weichen zu lassen.

Im übrigen könnte man die vielleicht mehr auf Reklame als auf Erfolg abzielende Aktion — des belgischen Ministers unbeachtet lassen, wenn die Aufforderung nicht angeblich — im Namen der belgischen Arbeiterpartei — geschähe, eine Behauptung, zu deren Unterstüfung auch de Brouckere seine Unterschrift hergegeben hat. Dazu muß aber, um jeder Irreführung besonders von Seiten der Vaterlandspartei — der verschiedenen Länder vorzubeugen, festgestellt werden, daß Vandervelde und de Brouckere nicht die geringste Befugnis haben, im Namen der belgischen Arbeiterpartei zu sprechen und zu schreiben.

Die große Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter Belgiens hat sich besonders seit den Treibereien Vanderveldes gegen die Stockholmer Konferenz mit wachsender Entschiedenheit von ihm getrennt. Vor allem stehen die belgischen Genossen Belgiens — und nicht etwa die aktivistisch-flamingantischen — in einem scharfen Gegensatz zu ihm, und wie man bei den belgischen Sozialisten in Holland und besonders unter den internierten Soldaten in diesem Lande denkt, ist bekannt. Daß die Situation im belgischen Gebiet den dortigen Genossen einen Widerstand gegen die neueste Aktion Vanderveldes erschwert, trägt nicht eben dazu bei, sie gegenüber der Masse der belgischen Sozialisten und gegenüber der ganzen Internationalen loyaler zu machen, desgleichen der eigentümliche Zufall, daß dafür just der Augenblick gewählt wurde, wo sich Guymans auf englischem Boden befindet.

Vandervelde und Brouckere mit samt ihrem Stabe in Hovre sind nicht berechtigt, als Wortführer der belgischen Arbeiterpartei aufzutreten, die seit Beginn des Krieges keine Möglichkeit zu einer ordentlichen Tagung und Diskussion gehabt hat, von der man aber weiß, daß sowohl in ihrer Masse wie bei vielen ihrer erfahrenen Führer die Ueberzeugung zum Durchbruch gekommen ist, daß die Forderung des Tages für das Proletariat lautet:

„Kampf gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie! Und: mit gesammelter Kraft für den schleunigsten Verständigungsfrieden!“

Die neue ungarische Regierungspartei.

Die Umgruppierung der Regierung und der sie unterstützenden Parteien ist vollzogen. Auch die Demokraten hielten eine Konferenz ab, um über den Eintritt in die einheitliche Regierungspartei Bescheid zu lassen. Der Führer der Demokraten, Finanzminister Wassonyi führte aus: Das Programm des Kabinetts Dezerle ist vor allem demokratisch, es vertritt jedoch auf seinem nationalen Standpunkt. Die nationale Armee bedeutet jedoch unsere einheitliche Staatlichkeit, sie bedeutet die Kultur, die Industrialisierung und seinen Beruf für Ungarns Söhne. Nach der Rede Wassonyis beschloß die Konferenz, in die Regierungspartei einzutreten und einen demokratischen Landbürgerbund zu bilden. Die katholische Volkspartei bildet mit den Christlich-Sozialen eine neue Partei, die sich christlich-soziale Volkspartei nennt. Auch diese Partei beschloß, sich der neuen Regierungspartei anzuschließen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 4. Februar. Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient und Indien wurde durch unsere U-Boote im mittlere und besonders im östlichen Teil des Mittelmeeres durch Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschädigt. Einer der verletzten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer Hauptstadt (3417 Tonnen) gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler Giuseppa hatte Phosphat geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ueber die Verletzung von Phosphat wurde schon öfter berichtet. Es zählt zu den Düngeemitteln, die über See in die feindlichen Mittelmeerländer geschleppt werden müssen, um dort die feindlichen Erdkrämpfe der Landwirtschaft zu steigern. Durch U-Boor-Krieg und Schiffsräumung sei die Einfuhr phosphorhaltiger Düngeemittel der „Ekonome d'Asia“ vom 3. 1. zufolge in Genua dem Haupt-einfuhrhafen Italiens, von 28 695 Tonnen im Jahre 1915 auf 39 573 Tonnen im Jahre 1917.

Kleine Kriegsnachrichten.

Russendefektionen in Frankreich. Aus Bern wird gemeldet: Defektionen von Angehörigen der russischen Kruppenkontingente in Frankreich mahnen sich andauernd. Die Schweizer Presse berichtet fast täglich vom Eintreffen kleinerer Trupps russischer Soldaten und Offiziere in der Schweiz, die meist unter sehr großen Gefahren aus Frankreich entflohen.

Die Fortschrittliche Volkspartei und der Streik.

Die Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses haben in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 1. Februar 1918 einstimmig folgende Erklärung zu der in der vorigen Woche von einem Teile der Arbeiterpartei vorgenommenen Arbeitseinstellung beschlossen:

Die Fraktionen verurteilen aufs schärfste, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Verwirklichung politischer Forderungen das Mittel der Arbeitseinstellung gewählt worden ist, die das Wohl des Vaterlandes bedroht und die Bemühungen für Frieden und Fortschritt nicht fördert, sondern stört. Sie bedauern insbesondere auch, daß die Bereitwilligkeit der Regierung, durch Verlegung der Arbeitseinstellung mit Abgeordneten und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu verhandeln, an der ablehnenden Haltung radikaler Elemente gehindert ist.

Die Fraktionen geben der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung und die zur Durchführung einer völkerverständlichen Politik entschlossenen Parteien unbehindert für die schleunige Erfüllung der berechtigten Forderungen des Volkes sorgen und allen Hemmnissen mit Entschiedenheit entgegenzutreten werden.

Mit der Haltung der Regierung während der Streikbewegung scheinen die Fortschrittler danach völlig einverstanden zu sein. Ist dies die einzige Wirkung der Payerischen Witzfangerschaft?

Wahlrechtsverschleppung und Volksstimmung.

Wir legten in unserer Dienstadtnummer dar, welchen Einfluß die Behandlung der Wahlrechtsfrage im Abgeordnetenhause auf die Stimmung im Volke gehabt hat. Jetzt erwacht dem Dreiklassenhaus ein Verteidiger in Gestalt des freikonservativen Führers (darf man ihn noch so nennen?) Octavio v. Jellih, der wegen (unbegründeten) Verdachts räterer Reformfreundlichkeit von seinen

eigenen Parteigenossen nicht in die Wahlrechtskommission entsandt wurde.

Herr v. Jellih untersucht „unbefangene“, ob in Bezug auf das preussische Wahlrecht etwas getan oder verabsäumt ist, was eine tiefergehende Reform in den Kreisen der Arbeiterschaft berechtigt erscheinen ließe, und meint, daß man diese Frage „schwerlich bejahen“ könne. Ganz wohl ist ihm bei seiner Behauptung allerdings nicht zu Mute, denn er gesteht gleich darauf, daß die Wahlrechtskommission die allgemeine Aussproche „vielleicht etwas länger ausgebrocht hat, als unbedingt nötig war“. Verkündigterweise schätzt er aber die dadurch entstehende Verzögerung auf — „Schlimmstenfalls zwei Stunden!“ Schon mit dem nächsten Soh kommen Herrn v. Jellih neue Bedenken: „Ob mit Rücksicht auf die Wirkung nach außen die Vorwegnahme der Herrenhausvorlage tatsächlich richtig war, ista verschiedener Beurteilung unterliegen“. Aber jedenfalls sei die Vorwegnahme aus sachlichen Gründen erfolgt! Und nun kommt Herr v. Jellih Hauptargument:

Da nach der übereinstimmenden Auffassung der Regierung und des Abgeordnetenhauses die drei Landtagsgesetze in untrennbarem Zusammenhang stehen, wird die Verabschiedung des Wahlgesetzes durch die Vorwegnahme der Herrenhausvorlage auch nicht um einen Tag hinausgeschoben.

O wie schön, aber diesmal zu schön! Gerade die Verkoppelung der Wahlreform mit zwei anderen, sachlich gar nicht zu ihr gehörigen Vorlagen ist ja einer der wesentlichsten Gründe, aus denen dem Abgeordnetenhause Verdrüssung der Wahlrechtsvorlage vorgeworfen wird. Die Wahlreform wird nicht verzögert, weil man ja über Verzögerung schon so wie so beschloffen hatte!

Ueber die Wirkung der Generaldebatte im Plenum auf die Volksstimmung äußert sich Herr v. Jellih gar nicht. Im übrigen ist seine Verteidigung der Dreiklassenwahlrecht so zahft, daß sie nur als Unterstreichung der Anklage wirkt.

Die Gewerkschaften während des Streiks.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgende Zuschrift, die ihm seitens der Generalkommission der Gewerkschaften zugegangen ist:

„In dem in Nummer 61 Ihres geköhlten Blattes vom 2. Februar 1918 enthaltenen Artikel „Die Regierung und die Arbeiterschaft“ wird unter anderem dargelegt, weshalb Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Streikenden nicht zustande gekommen seien. Dabei wird die Auffassung vertreten, daß die Schuld der Generalkommission zur Last falle. In dem Artikel heißt es:

„Es ist den Ansehen, als komme die Weigerung in der Tat von der Generalkommission, nicht von den Abgeordneten, oder auch nicht von den Abgeordneten der alten sozialdemokratischen Fraktion. Auch dieser Standpunkt erscheint uns keinesfalls einwandfrei. Es handelt sich nicht darum, ob die Generalkommission eine Verantwortung für den Streik übernimmt, sondern darum, daß sie vermittelnd zu einem Ausgleich beitragen soll. Das kann auch ein „Neutraler“ tun und seine Neutralität wird dadurch nicht beeinträchtigt, nicht verletzt.“

Wie Sie zu dieser Auffassung haben kommen können, ist nicht verständlich, weil aus der in der oben Nummer Ihres Blattes zum Ausdruck gebrachten Erklärung des Parteivorstandes ersichtlich ist, daß die unabhängige sozialdemokratische Partei die Forderung des Reichstages, eine Vertretung der Generalkommission zu den Verhandlungen einzusetzen, abgelehnt hat. Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß Kompetenzfragen und Bedenkslichkeiten in einer so schwierigen Situation nicht angebracht sind, daß vielmehr alles getan werden müsse, um schnell und in einer Weise, die möglichst wenig Bitterkeit hinterläßt, den Streik beizulegen. Die Generalkommission hat sich denn auch sofort bereit erklärt, dem Wunsch des Reichstages Rechnung zu tragen und Vertreter zu den Verhandlungen zu entsenden. Es ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen, daß sie durch die Beteiligung an den Verhandlungen ihre Neutralität verlegen könne. Durch ihre Beteiligung wäre es möglich gewesen, auch Vertreter der Streikenden in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Ortsverwaltung einer gewerkschaftlichen Organisation an den Verhandlungen zu beteiligen. Der Wunsch der Streikenden wäre also im wesentlichen erfüllt worden. Die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie lehnten es aber ab, eine offizielle Vertretung der Generalkommission hinzuzusetzen. Sie verzichteten lieber auf jede Verhandlung, als daß sie diese Konzession gemacht hätten.

Das Verhalten entspricht durchaus der von unabhängiger Seite betriebenen Hege gegen die Gewerkschaftsführer. In einem anonymen unter den Streikenden verbreiteten Flugblatt heißt es:

„Gegenüber, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungsozialisten und alle „Durchfaller“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Einmal mit den Vorschlägen aus den Arbeiterberatern. Diese Handlungen sind freiwilligen Agenten der Regierung, diese Lohndiebe des Klassenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Die hier zum Ausdruck gekommene Auffassung ist es, die für die Stellungnahme der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie ausschlaggebend war.

Wir bitten Sie, von dieser Richtigstellung in Ihrem Blatte Notiz nehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
W. Bauer,
Mitglied des Reichstags.

Innenansicht eines alldutschen Gehirns.

Endlich hat sich ein sach- und sachkundiger Beurteiler der Sozialdemokratie gefunden. Der einzige Mann, der wirklich weiß, was die Sozialdemokratie will und bezweckt, ist Ernst Böttcher Hauptmann a. D. Aus seiner tiefen Kenntnis der Dinge entwirft er im „Reichsboten“ eine Schilderung „Die Sozialdemokratie wie sie ist“. Eine kleine Probe:

Man müßte die Menge mehr, als es geschieht, in einer ihrer unheimlichsten Einsicht und Bildung angepaßten Weise über das Unerklärliche solcher Forderungen (gemeint ist das sozialdemokratische Programm, Red. v. Borw.) aufklären, ihr zeigen, was hin namentlich die Umwandlung der Produktion in eine sozialistische führen müßte, daß nämlich in der kollektivistischen Zwangsgesellschaft jede Spur von Freiheit und Selbstbestimmung verloren gehen würde, und die dafür verheißene Glückseligkeit bloß noch eine des Magens wäre, wie auch das Vieh auf der Weide sie hat. Befreit doch die folgerechte Durchführung des sozialdemokratischen Prinzips jeden Bewegung für ein Streben nach hervorragenden Leistungen durch die Gleichmäßigkeit der Genußgüterverteilung, vernichtet sie doch auch jede Aristokratie, namentlich des Geistes, zieht sie doch alles Hervorragende auf die Kulturstufe des Proletariats herunter und erniedrigt diese dadurch beständig bis zur Vertierung, so daß das Ende allgemeine Barbarei und Bestialität wäre.

Das Proletariat wird mit Interesse vernehmen, daß es nach der Ansicht des Hauptmann a. D. Ernst Böttcher auf der Kulturstufe der Vertierung, Barbarei und Bestialität steht. Zu den übrigen

geistreichen Ausführungen dieses Herrn über den Sozialismus können wir nur sagen: „Der Mann hat's erforscht!“

Herrn von Waldow zur Kenntnis!

In Nr. 17 der „Vorkumer Bodezeitung“ vom 21. Januar 1918 finden wir folgende Bekanntmachung:

Am Dienstag, den 21. Jan. von 2 Uhr nachm. an, wird für Schwerarbeiter auf Abschnitt Nr. 16

1 Pfund Honig bei Kaufmann Paalman abgegeben.

Seiner können Schwerarbeiter auf Abschnitt Nr. 16 ein Pfund Butter

für 9,40 Mark bei Kaufmann Zimmermann einkaufen.

Tafelbrot wird ebenfalls auf Abschnitt 17 für Schwer- und Schwerarbeiter

1/2 Pfund Fettkäse abgegeben.

Die Bezugsberechtigten, welche auf Lebensmittelbezugsmarken Nr. 11 keinen Honig erhalten haben, können ebenfalls auf Abschnitt Nr. 11 als Ersatz

1/2 Pfund Ware bei Kaufmann Meent u. Teering, Kirchstr., einkaufen.

Vorkum, den 21. Januar 1918.

Die Verteilungsstelle. Schul.

Daß es eine amtliche Verteilungsstelle gibt, die Butter für 9,40 M. das Pfund verkauft, dürfte im Kampf um die Ueberfreierung der Höchstpreise gewiß interessieren.

Tod eines Reichstagsabgeordneten. Wie die „Volkstimme“ in Meiswig meldet, ist der Reichstagsabgeordnete für Meiswig-Loh-Lubbing, Oberlandmesser Stadtrat Augustin Paris (Zentrum), Dienstag mittig einem Schlaganfall erlegen.

Stud Kriegerverein unpolitisch? Der Kriegerverein Verlenbrück verbandte vor einigen Wochen an sämtliche im Felde stehenden Orts-einwohner ein Zirkular, in dem es heißt:

„Also wenn der Kriegerverein auch keine Weihnachts-pakete sendet, so gibt er sich doch um im Interesse der Feldgrauen. Dieser unter Weihnachtsgruß soll aber um so herzlicher sein, und wir wünschen unseren tapferen Kriegern einen baldigen Frieden. Wir wollen aber einen Hindenburg-Frieden und keinen anderen.“

Sie haben nicht den Eindruck, daß bei den Empfängern dieses Zirkulars die vaterlandsparteiischen Kräfte als Weihnachts-paket-Ersatz empfunden worden sind.

Soziales.

Wo bleiben die Altersrenten?

Man schreibt uns in völliger Uebereinstimmung zu unseren Darlegungen in Nr. 8 des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift: „Das Reich hat zu zahlen“:

Der Bundesrat hat der Bekanntmachung vom 3. Januar, die den Bezüglern von Anballen-, Witwen- und Waisenrenten eine monatliche Zulage von 8 bzw. 4 M. gewährt, am 17. Januar eine weitere folgen lassen, die auch der Unfallverletzten, sofern sie wenigstens zwei Drittel der Volkrente besitzen, eine monatliche Zulage von acht Mark zubilligt. Diese Zulagen sind ja recht knapp bemessen, sie lassen aber immerhin den guten Willen erkennen, einem unter der herrschenden Teuerung besonders schwer lebenden Personenkreis das Durchkommen ein wenig zu erleichtern. Die gewählten Zulagen sind nur für eine beschränkte Zeitdauer in Aussicht genommen. Sie werden ab Februar gewährt und sollen mit Ablauf dieses Jahres wieder in Fortfall kommen. Es ist ferner anzunehmen, daß bis Ende des Jahres 1918 die Teuerung so weit zurückgegangen ist, daß die Zulagen dann entbehrt werden können. Vermutlich ist diese Fristbestimmung unter der Voraussetzung erfolgt, daß in der Zwischenzeit die Teuerungszulagen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu dauernden Einrichtungen umgewandelt werden. Immerhin wird es gut sein, wenn die Arbeitervertreter im Reichstag nicht erst eine entsprechende Regierungsvorlage abwarten, sondern ihrerseits einen Vorstoß unternehmen, um die Regelung dieser Frage baldigst in Fluß zu bringen.

Ist, wie erwähnt, die den genannten Kategorien von „Arbeiterrentnern“ zugebilligte Teuerungszulage sehr bescheiden, so muß man sich vergeblich die Frage vorlegen, weshalb bei dieser Regelung die Altersrentner übergangen wurden. Bekanntlich sind die Bezüge der Altersrentner äußerst bescheiden. Die Fälle, in denen die Vorkämpfer der Arbeit ihren Unterhalt aus eigenen Ersparnissen bestreiten können, sind äußerst selten. Diese alten Leute konnten schon in Friedenszeiten von der schmalen Rente allein nicht leben, geschweige denn jetzt, bei dem gewaltig geklungenen Geldwert. Sie liegen entweder ihren, gleichfalls nicht an Kosten gebetteten Angehörigen zur Last oder sie bestehen neben ihrer „Rente“ noch Armenunterstützung. Ein vernünftiger Grund, bei der Aufhebung der Bezüge auf Grund der Arbeitervertreterungsgesetze die Altersrentner aufzunehmen, ist nicht zu erkennen. Es kann sich nur um ein Versehen handeln, das baldigst gut gemacht werden sollte.

Letzte Nachrichten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Esten.

Stockholm, 5. Februar. Das Estnische Bureau meldet sich gegen die Erklärung der Repräsentanten der Ritterschaften Estlands und Livlands und erklärt, daß nur die konstituierende Versammlung Estlands das Recht habe, über die Gesetze Estlands zu entscheiden.

Prozeß Polo.

Paris, 3. Februar. (Agence Havas.) Der Vorsitzende besuchte nach Verlesung der Anklage Polo über seine Beziehungen zum Khebidien. Polo beteuerte seine Unschuld und versicherte, daß er kein Verräter sei. Er führte aus, er habe nicht an der Frankreich freundschaftlichen Bestimmung des Khebidien zweifeln können und erinnere an die Beweise von Wohlthun, die ihm vor dem Kriege Khebidien und Sadii Polcha bezeugt hätten. Der Angeklagte findet es lächerlich, daß man ihn die Absicht zum Vortritt mache. Pariser Zeitungen anzukaufen. Diese Mütter, sagte er, seien in Händen, aus denen man sie nahezu unmöglich herausbringen könne. Der Vorsitzende machte auf Widerprüche in den Erklärungen Polo während der Untersuchung und während des Verhörs hinsichtlich seiner Beziehungen zu Cavallini und Sadii und über die amerikanische Angelegenheit aufmerksam. Polo erhob Einspruch gegen die Erklärungen Cavallinis, der behauptet, über 2 Millionen ausgegeben zu haben. Er versicherte, er habe nicht mehr als eine Million erhalten, die er ihm schuldig gewesen sei, und behauptete, daß er in der Schweiz eine der Entente günstige Rolle gespielt habe. Das Verhör wurde hierauf abgebrochen.

Deutsche Schiffe in Honduras beschlagnahmt.

Sancti Spiritus, 5. Februar. (Ziff. Sig.) Nach einer Gohab-Weldung aus Honduras beschlagnahmte der Präsident der Republik Honduras alle Schiffe, die Deutschen gehörten, und internierte deren Besizer im Innern des Landes.

Gewerkschaftsbewegung

Noch fehlt die Einheit!

Wo fehlt die Einheit? Nicht bei den Unternehmern, die, solange es Arbeitgeberverbände gibt, stets nach einheitlichen Prinzipien in ihren Organisationen gestrebt, stets den geschlossenen Kampf gegen die Arbeiterorganisationen geführt haben. Diese Einheit fehlt gerade dort, wo sie am dringendsten wäre: bei den Arbeitern. Während die Unternehmer sich zu einheitlichen mächtigen Organisationen verschmolzen haben, lediglich zu dem Zweck, die Arbeiterklasse an ihrem kulturellen Aufstieg zu hindern, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Angestellten in den verschiedensten Organisationsrichtungen zersplittert und somit gehindert, jene Macht zu entfalten, die ihnen einen vollen Erfolg ihrer Bestrebungen verschaffen würde. Gerade in dem Bestehen der verschiedensten Organisationsrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung zeigt es sich, daß die Unternehmerklasse ein viel ausgeprägteres Klassenbewußtsein hat, wie die Arbeiterklasse.

Die Unternehmer wissen es ganz genau, daß ihre Organisationen zur teilweisen Machtlosigkeit verurteilt wären, wenn sie sich ähnlich wie die Arbeiter nach religiösen und politischen Bekenntnissen zusammenschließen. Die Zentralisation und Einheit ihrer Organisation ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Denkart ihrer Mitglieder ist die Grundlage ihrer Macht. Was hindert die Arbeiterklasse daran, es den Unternehmern gleichzutun? Nichts. Wer heute immer noch die abgestandene Lehre benutzt, daß er sich deshalb der freien Gewerkschaftsbewegung nicht anschließen könne, weil diese auf ihre Mitglieder einen religiösen und politischen Gewissenszwang auszuüben suche, hat entweder das wahre Wesen derselben noch nicht erkannt, oder aber er benutzt solche Argumente nur als Vorwand für andere Motive. In Wirklichkeit bildet die freie Gewerkschaftsbewegung nur den einzig folgerichtigen Gegenpol der Unternehmerverbände.

Lehtere haben allerdings ein lebhaftes Interesse daran, daß heute die Arbeiterklasse noch in den verschiedensten Organisationen gehalten ist. Die Unternehmer tun sogar ihr Möglichstes, unternehmerfrömmen Arbeitervereine ins Leben zu rufen und dieselben mit erheblichen Mitteln zu fördern. Ein Beispiel bietet sich uns in der Bewegung der „Selben“ oder wie sie sich selbst nennen, Deutschen Werkvereine.

Lehtere scheiden schon aus dem Grunde als Arbeiterorganisation in dem von uns verstandenen Sinne aus, weil sie ihr Entstehen und ihr Sein der Gunst und dem ureigenen Unternehmerinteresse verdanken. Die von den Selben gepredigte Harmonie zwischen Arbeitern und Unternehmern wird täglich von ihren eigenen Strategen so unzweifelhaft ad absurdum geführt, daß wir wirklich nicht nötig haben, noch besonders darauf einzugehen. Worauf es uns lediglich ankommt, ist, die Arbeiterklasse immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß es in ihrem ureigensten Interesse selbst liegt, die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung in der umfassendsten Form anzustreben.

Dieser zentralisierten einheitlichen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter hat kein geringerer als August Bebel das Wort geredet, der am Schlusse seines im Mai 1900 gehaltenen Vortrages: „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ betont:

„Die gegenüber den zentralisierenden Tendenzen des Kapitalismus die Zentralisation in der Organisation der Arbeiterklasse zur Notwendigkeit wird, so gegenüber der zentralisierten Fabrikorganisation der Unternehmer die zentralisierte einheitliche Gewerkschaft der Arbeiter.“

Die Frage müssen sich die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften täglich aufs neue stellen: warum man ihnen zumutet, sich in freie, liberale, katholische, protestantische und unternehmerfrömmen Gewerkschaften zu organisieren, wogegen die Unternehmer selbst, alle diese Unterscheidungen bei Seite lassend, sich als geschlossene Unternehmerorganisation gegenüber den zersplitterten Gewerkschaftsorganisationen zusammenschließen? ... Das mangelnde Klasseninteresse und Klassenbewußtsein, die Unwissenheit und Beschränktheit eines großen Teiles der Arbeiter ermöglicht solchen Freunden, sie an der Nase zu führen und sie zum Gaudium ihrer natürlichen Gegner zu spalten. — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Die zentralen Verhandlungen in der Lederandrüftungsindustrie gescheitert.

Am letzten Sonnabend fanden in der Berliner Handelskammer unter dem Vorsitz des Syndikus Herrn D. Meyer die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichtarifs für das Lederandrüftungsgewerbe statt. Die Bedeutung dieses Tarifvertrages zeigte am besten die zahlreiche Vertretung der Behörden. Außer den amtlichen Verhandlungsstellen waren fast alle Kriegsministerien der Bundesstaaten und auch das Kriegsamt vertreten. In einigen nebenwichtigen Punkten konnte eine Einigung erzielt werden. Die Regulierung der Heimarbeit brachte den Arbeitern nichts, außer der Fügung, daß eine bessere Kontrolle erwogen werden sollte. Der Versuch, die alten Heimarbeitbestimmungen des Vertrages in Kraft zu setzen, scheiterte.

Die Unternehmer verlangten den Abschluß des Vertrages auf die Dauer bis sechs Monate nach Friedensschluß. Die Organisationen der Arbeitnehmer, der Verband der Sattler und Portseufler, der Christliche Lederarbeiterverband und der Gewerksverein der Lederarbeiter (Hirsch-Dunder) lehnten diese Forderung ab. Man einigte sich auf den Zeitraum bis 30. September 1919. Die Forderung auf Einräumung der Kriegszuschläge auf die Grundlöhne fand den Widerstand der Unternehmer und der Behörden. Die Arbeitnehmervertreter ließen diese Forderungen lässlich fallen, verlangten aber dafür eine Regulierung der Mindestlöhne der Zeitlohnarbeiter und Festlegung von Stundenlöhnen für jugendliche Personen unter 17 Jahre. Letzteres lehnten die Unternehmer ganz ab und die Jugendlöhne auf die Grundlöhne betragen 1 und 2 Pf. Es wurde der Versuch gemacht, diese Debatte auszuliegen und die Stützpunktregulierung vorzunehmen. Bei dieser Frage verriet die Unternehmer, daß die Absicht besteht, die Teuerungszulage, die jetzt noch Stundenzuschlägen bezahlt wird und die seinerzeit vom Kriegsamt als die gerechteste Form der Teuerungszulage bezeichnet wurde, aufzuheben und dafür wieder die prozentuale Bezahlung einzuführen, die soziale Ungerechtigkeiten in sich birgt. Auch verlangten die Unternehmer von den Vertretern der Arbeitnehmer, daß sie erklären sollten, die Stützpunkte der Papierartikel herabzusetzen, dann wären sie bereit, die alten Artikel des Reichstarifs — Lederandrüftungslöhne, die jetzt infolge des bekannten Materialmangels nicht gemacht werden — etwas aufzubessern. Da die Arbeitervertreter kein Mandat hatten, diese Grundlage zu Verhandlungen zu betreten, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Der alte Tarif hat noch Gültigkeit bis 1. April d. J.

Parteinachrichten.

Vortwärts auf allen Wegen!

600 neue Abonnenten und eine sprunghafte Steigerung des Strohverkaufes von 4000 auf 10 000 Exemplare brachte die letzte Woche der Arbeiterzeitung in Essen. Jede weitere Steigerung bedingt Verringerung des Zeitungsumsatzes, da das Papier kontingentiert ist und die Erhöhung der Lesergahl nicht berücksichtigt wird. Auch die Parteiorganisation hat ständig neue Aufnahmen zu verzeichnen.

Düsseldorfer Freie Presse

nimmt sich ein neues Parteiprogramm, das unsere Düsseldorfer Genossen seit Sonnabend, den 2. Februar, herausgeben. Die Herausgabe des Blattes hatte sich notwendig gemacht, weil noch der Schwänkung der Düsseldorfer „Volkzeitung“ ins „unabhängige“ Lager unsere Partei ohne Organ war. Die Redaktion des Blattes liegt in Händen des Genossen Paul Gerlach, der bis zu seiner Einberufung zum Militär im Jahre 1915 Redakteur der Düsseldorfer „Volkzeitung“ war.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der am 5. Februar abgehaltene Generalversammlung der Deutschen Anstalt G. v. G. v. G. in Berlin-Friedenau wurde ein Abschluß und Geschäftsbericht vorgelegt, der die ganz außerordentliche Entwicklung der Gesellschaft ins Bessere zeigt. Der Rohgewinn betrug einschließlich 55 249 M. Vortrag 4 025 900 M. (i. V. 4 348 400 M.). Die Abschreibungen sind mit 3 000 333 M. (1 841 794 M.) bemessen worden. Aus dem Reingewinn von 2 025 659 M. (2 701 604 M.) gelangt, wie gemeldet, eine Dividende von 20 Proz. (i. V. 22 Proz.) zur Verteilung. Dem Spezialreservofonds werden 500 000 M. (1 Million Mark) zugeführt. Die Konten des Aufsichtsrats betragen 58 947 M. (66 315 M.). Der ausgemessene Reingewinn, so groß er auch bei einem Aktienkapital von 7 Millionen Mark scheint, gibt doch ebensowenig wie die Dividende ein wahres Bild von den großen Verdiensten des Unternehmens, das als Familiengründung wirksamen Einspruch der Aktionäre nicht zu fürchten hat und das deshalb dauernde Anlagen aus laufenden Einnahmen bezahlen kann, wobei noch der so herabgeminderte Reingewinn eine willkommene Gelegenheit gibt, über hohe Löhne und niedrige Preise zu klagen. Auf neue Rechnung werden 66 741 M. vortragen. Aus der Bilanz sind zu erwähnen: Grundstücke 23 000 000 M. (Zugang 700 000 M.), Gebäude 1 637 800 M. (Zugang 1 872 646 M.), Betriebsanlagen 600 000 M. (i. V. 4 M.), auf diesem Konto betrug der Zugang 1 800 096 M., von denen 1 806 089 M. abgeschrieben worden sind. Vorräte 27 424 561 M. (i. V. 6 587 452 M.), Debitoren 25 802 739 M. (11 081 237 M.), Bankguthaben 5 891 885 M. (2 784 259 M.). Effekten und Beteiligungen 9 736 726 M. (8 300 737 M.). Kreditoren haben am 30. September v. J. 53 778 431 M. (12 011 646 M.) zu fordern. Hierin ist auch in diesem Jahre die Kriegsteuer enthalten. Auf die Anfrage eines Aktionärs bemerkte der Vorsitzende Kommerzienrat G. v. G., daß der erzielte Umsatz ziffernmäßig nicht angegeben werden könne. Der Umsatz sei wesentlich höher als im Vorjahre gewesen, doch sei das Ergebnis mit Rücksicht auf schlechtere Preise und die ganz erhebliche Schwächung der Geschäftskosten hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben. Die Neuanlagen, von denen ein Teil noch nicht in Betrieb genommen werden konnte, werden erst im laufenden Jahre

hoffen zu arbeiten. Die Kreditoren (Gläubiger) sind ein Sammelbegriff, in den auch die Kriegsteuer verfaßt ist. Die kolossale Zunahme von 12 Millionen Mark auf 58,8 Millionen Mark läßt vermuten, daß die Kriegsteuer sehr groß ist, ein Mehrfaches des Aktienkapitals und des ausgewiesenen (angelegten) Reingewinnes ausmacht. Wäre es anders, so hätte die Verwaltung auch kein Versehen spielen dürfen. Vermutlich sei noch auf das hohe Grundstückkonto und auf die starke Zunahme der Konten: Vorräte, Debitoren (Schuldner), Guthaben und Effekten.

Kriegswirkungen auf die heimische und feindländische Seeschifffahrt.

Vor dem Kriege beruhte der Perionentransportverkehr über den nordatlantischen Ozean auf internationalen Abmachungen. Nach stärkerer Bekämpfung der deutschen Seeschifffahrt hat sich nun ein britisch-französisch-amerikanischer Dampfer-Pool gebildet. Ueber die Zwecke des neuen Schiffahrtsvertrages gibt folgende Versicherung eines englischen Großreeders Aufschluß: „Der Hauptzweck unseres Zusammenfassens ist die Konsolidierung der Interessen der Alliierten im kaufmännischen Sinne des Wortes. Wir müssen in jeder Beziehung für den Friedensschluß gekämpft sein, um das Geschäft den Alliierten zu erhalten und um die Kontrolle über den nordatlantischen Passagierverkehr auszuüben. Wir wissen, was wir in der Vergangenheit zu leiden hatten. Wir wissen, wie hinterlistig die Deutschen in das Geschäft eingedrungen sind und wie sie zum Schaden der anderen Linien gearbeitet haben, mit denen sie durch ein Uebereinkommen verbunden waren.“ Der Erfolg dieser just nicht besonders freundlichen Absichten hängt davon ab, ob die Deutschen beim Friedensschluß die Behandlung ihrer Schiffe in England und in Frankreich durchsetzen können, wie sie vor dem Kriege üblich war. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß sehr große Widerstände zu überwinden sein werden. Die Vereinigten Staaten wollen eine eigene Schiffahrt entwickeln, England und Frankreich die übrige schäufen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß selbst wenn Deutschland in diesen Ländern die Gleichberechtigung seiner Schiffe mit denen anderer Nationen durchsetzen kann, es protektionistische Maßnahmen zum Schutze der eigenen Schiffe dieser Länder auf dem Wege der Wieder Vergeltung wird durchführen können.

Die deutschen Schiffahrtskreise sehen diesen Bescheidnissen des internationalen Wettbewerbes nicht müßig entgegen und begeben sich in ihrem Wunsch nach Anlehnung mit den am Frachtmärkte interessierten großen westdeutschen Kohlen- und Eisenerzmagazinen. Das Ithysen und Stinnes, abgesehen von ihren eigenen hauptsächlich dem Exporte dienenden Flotten, Interesse an den großen Schiffahrtsgesellschaften genommen und mit ihnen gemeinsame Beteiligungen eingegangen sind, dürfte bekannt sein. Nun hat Stinnes unter dem Namen „Alliengeseilschaft Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Unterseehandel“ in Hamburg ein neues Unternehmen ins Leben gerufen, dessen wichtigster Zweck die Uebernahme der Seefflotte des Gründers ist. Hugo Stinnes hat zurzeit 11 Dampfer mit rund 125 000 Tonnen auf deutschen Werften im Bau und besaß bereits vor dem Kriege 13 Dampfer mittlerer Größe. Daran reiht sich noch der Binnen-Schiffahrtspark, der im Eigendefizit von Stinnes oder der von ihm kontrollierten Gesellschaften steht. Auf diese Weise kann sich Stinnes im Bezuge wichtiger Rohstoffe wieder als erster von den Schwankungen des Frachtmärktes unabhängig machen. Die neugegründete Gesellschaft wird aber auch, wie schon der Name sagt, dem Ueberseehandel im weitesten Sinne dienen, gewissermaßen die Handelsinteressen des Stinneschen Konzerns monopolisieren. Das Handelsregister sagt, daß sich das Unternehmen mit dem Handel in allen Erzeugnissen des Bergbaues, der Hüttenindustrie, der Landwirtschaft sowie der chemischen und elektrischen Industrie befassen darf, ferner mit dem Umlauf und der Lagerung dieser Erzeugnisse, insbesondere soweit sie aus dem Auslande kommen oder ins Ausland gehen.

Handelshilfen.

Verhandlungen zur Bildung eines allgemeinen deutschen Ziegelhandels sind nach dem „Vörsenkurier“ im Gange. Bei einem Scheitern dieser Verhandlungen ist mit einem Zwangsmonopol für die Ziegelindustrie zu rechnen.

An der Versammlung der deutschen Baumwollindustriellen, die am 18. d. M. in Berlin stattfand, soll eine „Hauptstelle der deutschen Kunstbaumwollindustrie und verwandter Zweige“ gegründet werden. An der Gründungsversammlung werden die Vertreter der für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft zuständigen Behörden teilnehmen. Die neue Organisation bezweckt insbesondere, die Behörden bei den von ihnen zu erteilenden Aufträgen für Kunstbaumwolle zu unterstützen und die gemeinsamen Interessen der angeschlossenen Firmen gegenüber den Rohstofflieferanten und den Abnehmern zu vertreten. Nach den bisherigen Unterhandlungen dürften sich die dem Verband deutscher Kunstbaumwollfabriken und den rheinischen und sächsischen Spinnerorganisationen angeschlossenen Firmen der neuen Stelle geschlossen angliedern.

Die deutschen Besitzer russischer Werte werden nicht durch eine Schuldverteilung gegenüber der bankrotierenden russischen Regierung vertreten werden; ihre Interessen werden, wie W. L. V. meldet, von der Regierung vertreten werden, die diese Aufgabe besser und erfolgreicher als eine private Verwaltung erfüllen kann.

Verantwortlich für Politik: Erich Antner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Albrecht Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Bloch, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 1, Straß 1. Preis: 1 Mark und Anzeigensatz.

Können Sie lesen?

auch ganz kleine Schrift, ohne die Zeitung näher als 30 cm aus Auge nehmen zu müssen oder weiter als 40 cm abzuhalten? Normale Augen lassen fast immer zwischen dem 40. und 50. Lebensjahre nach. Die die Linse mit zunehmendem Alter fester werden, so wird auch die Augenlinse härter. Sie läßt sich nicht mehr genügend stark wölben, um ebenso deutlich nah sehen zu können wie früher. Da fehlende Wölbung müssen Sie durch eine genauere brechende Wölbung der Augengläser erlangen. sonst wird Ihre Augen durch die ständigen dergleichen Anstrengungen sehr schnell müde, darunter leiden besonders Ihre Herzen, und Kopfschmerzen sind eine häufige Folge. Man legt die Arbeit oder die Zeitung fort, reißt unwillkürlich die Augen, um jenen lästigen Druck loszumachen, blüht auch einige Zeit in die Ferne um das Auge zu ruhen, und fängt von neuem an

zu lesen oder zu arbeiten, doch nach wenigen Minuten tanzt die Arbeit vor den Augen, oder die Buchstaben verschwimmen, man läßt weiter ab, um sehen zu können, aber man sieht nur mit Mühe. Geht es Ihnen so, dann kommen Sie zu uns, ehe die Ueberanstrengung schadet. Sie brauchen nötig passende Gläser.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 4.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Donnild-Snecker (ohne Gläser) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange als Reparaturen unlosbar, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornbrille, Schildbrille und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktförmig abblende Vintur-Gläser folgen bei uns nur 6.- M. das Paar, aus Sanoflopp-Glas 8.- M.



Optiker Ruhnke

- Stadts die Augen, Geh' zu Ruhnke!
- N. Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 184, 22a Brunnen-Str.
- C. Am Alexander-Platz neben Köpenicker, Spillmarkt, 6a Weststr.
- SO. Oranien-Str. 44, nahe Deutzen-Platz
- W. Leipziger Str. 113, 6a Kaiser-Str., Lin-Str. 1, 6. Poststr.
- Friedrich-Str. 180, 6a Poststr.
- Schöneberg: Haupt-Str. 71, am Kaiser-Wilhelm-Platz
- NW. Friedrich-Str. 150, 6a Poststr.
- Friedenau: Rhein-Str. 18, 6a West-Str. gegenüber der Röllerei-Str.
- Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33, 2. u. 3. Haupt-Str.
- Charlottenburg: Lauenburger-Str. 15, 6a West-Str.
- Joachimsthaler Str. 2, am Waldsee 30a

Neu: Sonntag von 12-2 geöffnet

Eine neue Methode der Steuerhinterziehung.

Ein Beitrag zur Verstaatlichung der Privatversicherung.

Der Eigennutz der Kriegsgewinner, ihr Bestreben, von dem nützlichen und unter wucherischer Ausnutzung der Zeitverhältnisse, also der Not ihrer gequälten Mitmenschen eingeholten Rammern so wenig wie möglich für Zwecke zu opfern, die, sei es auch indirekt, der Allgemeinheit zugute kommt, treibt wunderbare Blüten. Es handelt sich um eine Erscheinung, die auch vor dem Kriege in mehr oder minder vereinzelter Ausnahmeform vorkam, jetzt aber in großer Häufigkeit auftritt. Es handelt sich auch keineswegs nur um ein besonderes Kennzeichen des neuen deutschen Kapitalismus; das Kapital ist eben international; die Denkmäler seiner Träger allerwärts die gleiche. Es handelt sich in dem vorliegenden und neutralen Auslande hauptsächlich die Lebenswerte Absatz dabei mitspielt, den Steuerfiskus zu prellen, soll ununtersucht bleiben. So mancher, in dessen Händen sich in den Kriegsjahren ungeheure Vermögen angehäuft haben, wehlt heutzutage, wo die Menschheit in ihrer großen Mehrheit ein bebauerntes, kümmerliches Dasein fristet, nicht mit dem Gelde wohin. Vielleicht in Ermangelung künftiger Geldanlage, aber auch in dem Bestreben, das neu erworbene Vermögen auch dauernd der Familie zu erhalten, werden zahlreiche Lebensversicherungen mit hohen Versicherungen beantragt, und der Gegenwert an Prämien, selbst bei Beiträgen von jahrzehntelanger Dauer, den Gesellschaften als einmalige Depotzahlung angeboten. Was aber auf den ersten Blick unfinnig scheinen mag, ist die vielfach gewöhnliche langjährige Rückzahlung der Versicherungsbeiträge. Der Laie fragt vielleicht ob des geistvollen Einfalls, Prämien für viele Jahre und auf ein Brett für eine bereits zurückliegende Zeitperiode zu bezahlen, ohne daß man für dieselbe einen Versicherungsschutz gewonnen hat. Da aber jedes Ding schließlich einen Sinn haben muß, so auch dieses. Durch mehrjährige Rückzahlung gewinnt nämlich eine neu abgeschlossene Lebensversicherung sogleich einen sogenannten Rückkaufswert, d. h. den Wert, den die Gesellschaft bei Aufgabe des Vertrags dem Versicherungsnehmer zurückzahlt. Dieser Rückkaufswert steigt nun zumeist in einem überaus raschen Verhältnis zu der Summe der eingezahlten Prämien. Sofern es sich nicht gerade um eine Versicherung handelt, die schon ziemlich nahe vor dem Ablauftermin steht und außerdem dem Versicherten hohe Dividenden eingetragen hat, erreicht sich der Rückkaufswert, der gleichzeitig den Höchstwert für die Besteuerung dieses Vermögensobjekts abgibt, nur wenig über ein Drittel oder die Hälfte der gezahlten Prämie. Es gibt nun nichts einfacheres, als Geld in Vermögenswerte umzusetzen, die nur in beschleunigter Umfang der Besteuerung unterliegen. Häufig wird die Rückzahlung gleichzeitig mit Vorauszahlung aller vorläufigen künftigen Prämien beantragt. Die Vorauszahlung erfolgt, da die künftigen Prämien von den Dividenden abhängen, als Prämienkapital, das dem Versicherungsnehmer als sein Guthaben verzinst wird. Der tatsächliche Rückkaufswert, der sich immer nur nach der abgelaufenen Dauer richtet, wird durch die Depotzahlung nicht im geringsten berührt. So nimmt es denn nicht wunder, wenn auf diese Weise enorme Vermögen der Besteuerung entzogen werden.

Es hat einen eigenartigen Reiz, zu beobachten, wie gerade in denjenigen Kreisen, die ihre Vaterlandsliebe bei jeder Gelegenheit in marktschreierischer Weise betonen und sogleich anders geredet wissen wollen als die der Verpflichten, nur die liebevolle Sorge um den eigenen Besitz selbst dann das einzige Leitmotiv bildet, wenn die bedeutend stärkere Besteuerung des Reinen Einkommens und die Erschließung neuer indirekter Steuerquellen vom Staat mangels Möglichkeit einer scharfen Erfassung der großen Vermögen als ultima ratio in Erwägung gezogen zu werden droht. Den Versicherungsgeheimnissen kann bei ihren durch den Krieg verursachten Mehrausgaben für Regulierung von Sterbefällen der laufende Zugang großer Gelder nur erwünscht sein. Man muß sich jedoch fragen, ob hier nicht die Aufsichtsbehörde, das königliche Aufsichtamt für Privatversicherung, im Interesse der Allgemeinheit einschreiten könnte und müßte. Die Verstaatlichung der privaten Versicherungsgesellschaften durch das Reichsamt sollte überhaupt ganz hiervon abgesehen, eine weit mehr praktische im Gegensatz zu der bisherigen theoretischen Übung sein. Die Unmenge getrauerter finanzieller Kapazitäten, wie sie von den Gesellschaften alljährlich gefordert wird, mag wohl vom wissenschaftlichen Standpunkt herwunderlich sein. Die Mittelstände, die im Versicherungsbetrieb vorherrschen, werden dadurch nicht berührt. Vor allem müßte die Aufsichtsbehörde auch in sozialen Fragen in den Bereich der Versicherungsgeheimnissen eingegriffen befugt sein.

Das Kapitel „Kaiserliches Aufsichtamt für Privatversicherung“ sollte bei der Beratung dieses Artikels des Reichstags nicht immer beiseite geschoben werden. In Gegenständen der Versicherung fehlt es hierzu nicht. Alle Mittelstände des Großbetriebes, wie Auspottung der Angestellten, Währungs- und Vorkriegswirtschaft und dergleichen wuchern gerade am üppigsten bei unseren großen Versicherungsgesellschaften.

Das Versicherungswesen bildet eine glänzende Einnahmequelle für den Kapitalismus. Es sind fast durchgehend, wenn auch nicht in der Form großkapitalistische Betriebe, die die Hauptgewinne der Versicherung zum Anlegen des Reinen Verbrauchers und der bei ihnen in Diensten stehenden Angestellten vorziehen. Wo die Lebensversicherung gleichzeitig neben der Lebensversicherung betrieben wird, muß sie mitspielen, den Großverdienern mehr Dividenden herauszuwirtschaften. Das ist ein offenes Geheimnis, wenn auch das Laborium des Geschäftsberichts mit allen seinen Klünsten und Kniffen diese Tatsache zu verschleiern weiß. Vom Bergbau abgesehen, dürfte es schon aus ethischen Erwägungen heraus keinen Wirtschaftsbetrieb geben, dessen Ueberleitung zum Staatsmonopol so dringend nötig, als die Privatversicherung und insbesondere die Lebensversicherung mit ihren enormen Geldmitteln. In dieser Erkenntnis ist Italien bereits vor Jahren gekommen, neuerdings scheint diese Verstaatlichung auch in Rußland beschlossen oder nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Der Krieg mit seiner unermesslichen Belastung des Staatsbudgets läßt die Monopolisierung der Lebensversicherung vollends als unabwehrbare Notwendigkeit erscheinen. Mit allem Nachdruck muß die Verstaatlichung neben der bei anderen, besonders hierzu geeigneten Objekten gefordert werden, sobald das Kriegsende die Sammlung der Staatsfinanzen gebietet.

Auch äußere Gründe formaler Natur verlangen hier das gewünschte Reformulieren für diesen wichtigen Faktor in unserem Wirtschaftsleben, die Herkennung der finanziellen Versicherungsleistungen und die fortwährende Funktionierung kleinerer Versicherungsanstalten mit größeren und leistungsfähigeren. Der Parallelismus der Arbeiter- (Alters- und Invaliden-) Versicherung und der Angestelltenversicherung, der halbstaatliche Versicherungsbetrieb (Vermögensgenossenschaften, öffentlich-rechtliche Organisationen) drängt unabwendbar auf Vereinheitlichung und Vereinfachung des komplizierten Apparates. Die reichsrechtliche Eingeführte Verstaatlichung der Privatversicherung mag nicht zu guter Letzt als Vorstufe zu dem letzten, entscheidenden Schritt angesehen werden.

Groß-Berlin

Der Streik.

Aus Spandau wird berichtet: Bis auf einzelne wenige Ausnahmen ist in den Staatswerkstätten, auch in der Artilleriewerkstatt Süd und in der Gewehrfabrik, wo der Ausstand sich bekanntlich am meisten fühlbar gemacht hatte, die Arbeit gestern morgen wieder aufgenommen worden. Auch in der Dreistein u. Koppel Aktien-Gesellschaft sind sämtliche Ausschüsse wieder zur Arbeitstätte zurückgekehrt, nachdem am Sonnabendvormittag der Arbeiterschuß am Fabrikator eine Erklärung hatte einschlagen lassen, in der der Streik als beendet erklärt wurde und die Streikenden aufgefordert wurden, am Montag früh wieder zu erscheinen. In den Siemens-Werken in der Siemensstadt haben fast sämtliche bisher streikenden Arbeiter gestern morgen ebenfalls wieder die Arbeit aufgenommen. Es fehlen nur noch zwischen 100 und 200 Mann. Die Streikposten sind überall zurückgezogen, dagegen sind die Militärpatrouillen in den Straßen einströmen noch zu bemerken.

Streik und Brotzusatzkarten.

Die Schwerarbeiterzentrale für Groß-Berlin macht aus Anlaß des Streiks die Arbeitgeber darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen des Arbeitsblattes über Ausgabe von Brotzusatzkarten unverändert bleiben. Es besteht also Anspruch auf eine Zusatzkarte, wenn an zwei Arbeitstagen der Vorkochs gearbeitet worden ist. Hieraus folgt: Hat der Beschäftigte in der Vorwoche vom 21. bis 27. Januar wenigstens zwei Tage gearbeitet und in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar nicht gearbeitet, so muß er, falls er in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar keine Karte erhalten hat, eine solche bei Wiederaufnahme der Arbeit in der Woche vom 4. bis 10. Februar erhalten. — Hat er in der Woche vom 21. bis 27. Januar wenigstens zwei Tage gearbeitet und in der Woche vom 28. Januar bis 3. Februar nicht gearbeitet, so erhält er, falls er für die Woche vom 28. Januar bis 3. Februar bereits seine Karte erhalten hat, eine solche bei Wiederaufnahme der Arbeit in der Woche vom 4. bis 10. Februar nicht. Um eine Kontrolle über die ordnungsmäßige Ausgabe der Zusatzkarten zu ermöglichen, sind die Arbeitgeber von der Schwerarbeiterzentrale ersucht worden, ihr umgehend die Zahl der Streikenden an den einzelnen Tagen der vorigen Woche (28. Januar bis 3. Februar) mitzuteilen.

Milch und Nahrungsmittel für Kinder.

Auf zahlreiche und zugegangene Beschwerden erhalten wir vom Lebensmittelverband Groß-Berlin einen Bescheid, dem wir folgendes entnehmen: Kinder im 5. Lebensjahre, die also zurzeit 4 Jahre alt sind, erhalten gegenwärtig bestimmungsgemäß 1/2 Liter Milch täglich. Die Ration hat mit Rücksicht auf die bekannten Schwierigkeiten der Milchversorgung gelegentlich herabgesetzt werden müssen, hat aber zurzeit wieder die bestimmungsgemäße Höhe von 1/2 Liter erreicht.

Den besonderen Wünschen für die Ernährung der Jugendlichen ist seitens des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin durch die Schaffung von besonderen Jugendlichen- und Lebensmittellisten Rechnung getragen worden. Es war jedoch nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, mehr als höchstens 10 Altersklassen zu bedenken. Wäre man also bei der Einführung früher schlafen müssen. Nach allgemeinem Urteil erschien es aber angezeigt, die etwas älteren Kinder angesichts ihres größeren Nahrungsbedürfnisses, sowie der Tatsache, daß die jüngeren Kinder so überwiegend Milch erhalten, mit Nahrungsmitteln besonders zu bedenken.

Sollte das betreffende Kind krank sein, so dürfen wir bemerken, daß für Kranke auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses bei der Zentralstelle für Krankenernährung ein Antrag auf Sonderzuteilung von Lebensmitteln gestellt werden kann.

Die Vorlage über die Straßenbahntarife.

Den Mitgliedern der Verbandsversammlung Groß-Berlin ist gestern die Vorlage des Verbandsdirektors Steiniger über die Tarife der privaten Straßenbahnen in Groß-Berlin zugegangen. Sie bezieht sich auf die Tarife der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft, ihrer Tochtergesellschaften und der Berliner DSBahn, und gibt zumeist einen Überblick über die letzten Beschlüsse der Verbandsversammlung Groß-Berlin in dieser Frage. Der wichtigste ist der Bescheid vom 27. November 1916, worin sich die Verbandsversammlung gegen jede Tarifserhöhung, insbesondere auch gegen die Einführung eines Stufentarifs bei der Großen Berliner Straßenbahn erklärt und beschließt, daß während der Dauer des Krieges Erwerbsverhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahn unterbleiben sollen. Inzwischen ist das Verkehrsgesetz zustande gekommen, das am 1. Juli 1918 in Kraft tritt und die Fahrpreise der Straßenbahn mit einer Abgabe von 6 Proz. belastet. In § 8 des Gesetzes wird bestimmt, daß über Art und Maß der Tarifserhebungen auf Antrag der Verkehrsbehörde ein Schiedsgericht eingerichtet werden soll, wenn zwischen den Beteiligten eine Verständigung über die Tarifänderung nicht zustande kommt.

Nach einer Wiedergabe der weiteren Bestimmungen des Verkehrsengesetzes und seiner Begründung kommt die Vorlage des Verbandsdirektors zu dem Ergebnis, daß das Schiedsgericht nicht berufen sei, den Straßenbahnen mehr als den ungefähren Abgabebetrag zuzubilligen. Andererseits ist die Entscheidung des Schiedsgerichts über Art und Maß der Tarifserhöhung endgültig, und nach der Begründung des Gesetzes muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß ein Schiedsgericht sich für berechtigt halten würde, einen Stufentarif für Groß-Berlin anzuordnen.

Infolge der durch die Verkehrsbehörde geschaffenen Sachlage mußte sich der Verbandsausschuß erneut mit den Tarifen der Straßenbahnen beschäftigen; er legte zu diesem Zweck einen Unterwandauftrag ein. Während der Tätigkeit dieses Unterwandauftrages beantragte die Große Berliner Straßenbahn am 31. Mai 1917 erneut für sich und ihre Tochtergesellschaften die Zustimmung zur Einführung eines einheitlichen 15-Pfennig-Tarifs und zu einer Erhöhung der Zeilartenpreise. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen beantragten auch die Berliner DSBahn die einheitliche Festlegung eines 15-Pfennig-Tarifs. Der Unterwandauftrag ist dann nach Prüfung eines umfangreichen Stoffes und eingehender Verhandlungen der Straßenbahngesellschaft, des Verbandsdirektors und der Stadt Berlin auf der Grundlage der verschiedenen Tarifänderungen, die in der Vorlage mitgeteilt werden, zu dem Ergebnis gekommen, den Straßenbahnen vorläufig nur eine Tarifserhöhung zur Deckung der Verkehrssteuer in der Höhe von 6 Pfennigen, das dem geltenden Tarif ein Zuschlag von 1 Pfennig erhoben würde. Diese Erhöhung legt aber, wie die Vorlage betont, eine Verringerung des erwählten Beschlusses vom 27. November 1916 insoweit voraus, als er sich gegen eine Tarifserhöhung ausspricht und auf die Einführung eines einheitlichen Tarifs abzielt.

Die beteiligten Straßenbahngesellschaften haben sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklärt und wollen das Schiedsgericht anrufen. Die Große Berliner Straßenbahn hat dem Verbandsausschuß seine endgültige Entscheidung als äußerster Termin eine Frist bis zum 15. Februar gesetzt mit der Erklärung, daß

sie bei fruchtlosem Ablauf dieser Frist alsbald das Schiedsgericht anrufen werde. — Auch der Verbandsausschuß hat sich für die Vorschläge des Unterwandauftrages nicht entscheiden können. Er hat beschlossen, zu der Angelegenheit nicht Stellung zu nehmen, solange er durch den Bescheid vom 27. November 1916 gebunden ist. Er legt deshalb jetzt die Angelegenheit der Verbandsversammlung vor mit dem Anheimgen, zunächst diesen Bescheid entsprechend abzuändern.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn stiegen ununterbrochen. Die Einnahmen im Januar dieses Jahres nur aus dem Betrieb der alten Linien ohne die der Tochtergesellschaften: 4.668.784 M., d. h. rund über 1 1/2 Millionen Mark mehr als im Januar 1916. Im vergangenen Jahre betragen die gesamten Betriebseinnahmen 80 Millionen Mark, davon entfielen rund 60 Millionen Mark auf die Große Berliner Straßenbahn allein, ohne ihre Tochtergesellschaften. Die Mehreinnahmen belaufen sich also auf rund 20 Millionen Mark. Die höchsten Monateinnahmen erzielte die „Große“ im Oktober vorigen Jahres mit rund 6,2 Millionen Mark. Der Tagesdurchschnitt ist von 130.000 M. auf über 150.000 M. gestiegen. Und trotzdem genügt dies immer noch nicht!

Die juristische Sprechstunde findet heute nicht statt.

„Der wahre Jakob“ ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Rufen und Schäden geistiger Getränke. Am 9. Februar, abends 8 Uhr, wird der Magistrat im Verein mit der Berliner Medizinischen Gesellschaft einen gemeinverständlichen Vortragabend im Rudolfs-Virchow-Krankenhaus, Luisenstr. 58/60, veranstalten, in dem Gemeinrat Prof. Dr. Dittl über „Rufen und Schäden geistiger Getränke“ sprechen wird. Die Verteilung der kostenlosen Eintrittskarten erfolgt wie bisher durch die Bezirksvorsteher, auch sind wiederum im Virchow-Krankenhaus am Vortragabend selbst Karten erhältlich.

Neuen gesucht, die gesehen haben, wie am Sonntagmorgen 7 1/2 Uhr Edo Hüßler und Bernauer Straße ein Wagen der Straßenbahn einen Wohnwagen anfuhr, wobei der Kutscher schwer verletzt wurde. Adressen dringend erbeten an Revisor, Neue Poststraße 40, vorn I.

Schöneberg, Stadtverordnetenversammlung. Zunächst fand die Einführung des Bürgermeisters Wachowicz statt, der an Stelle des nicht wiedergewählten Bürgermeisters Blankenstein gewählt wurde. Abends teilte der Magistrat mit, daß Anträge auf Erlass der Umlagesteuer auch fernerhin dem Gemeindevorstand zur Begutachtung unterbreitet werden müsse. Schmedes (Vd.) wünschte, daß zum Schutze der Hausbesitzer beim der Hypothekengläubiger mehr gelichtet möge und auch mehr Entgegenkommen gezeigt werde. Besonders in den Fällen, wo der Gläubiger ein Haus übernehmen muß, um sein geliehenes Geld nicht zu verlieren, sollte man nicht noch die Umlagesteuer verlangen. Es würde genügen, die Umlagesteuer nur erstmalig zu erheben. Genosse Eichelhardt erklärte, daß seine Veranlassung vorliegt, den jetzigen Zustand zu ändern, denn die Hausbesitzer haben es durch ihr Schicksal verstanden, sich immer mehr Rechte anzumessen, die sie zu Privilegien aufgebaut haben. Die Vorlage wurde angenommen.

Der Magistrat teilt mit, daß der Bewährung einer einmaligen Teuerungszulage an Empfänger künftiger Kriegslohnzulagen zugestimmt und folgender Bescheid gefaßt worden ist: Empfänger von künftiger Kriegslohnzulage erhalten eine einmalige außerordentliche Kriegslohnzulage und zwar: Personen, die legitimiert sind, sind vor dem 1. April 1917 männliche Verheiratete, sowie ledige, Witwen und Geschiedene mit eigenem Haushalt erhalten 100 M., vor dem 1. Juli 1917 80 M. und vor dem 1. Oktober 1917 60 M.; ohne eigenen Haushalt sowie Arbeiterinnen im ersten Fall 60 M., im zweiten 45 M. und im dritten 30 M. In Naturalverpflegung befindliche Personen des Krankenhauses und des Altersheims sowie Arbeiter des Kirchengutes erhalten: Verheiratete 50, 40 und 30 M.; ledige 30, 25 und 20 M.; Kinder 10, 8 und 6 M. Kriegsteilnehmer die Hälfte vorliegender Höhe. Die einmalige Zulage beträgt 50.000 M. Verweise (H. S.) wünschte, daß mindestens alle sechs Monate, wenn möglich alle drei Monate derlei Beitrag gezahlt werden soll. Bei den teuren Lebensmittelpreisen, die immer noch im Steigen begriffen sind, sei diese Forderung nur gerecht. — Stadtrat Rosenb. uhr erklärte, in Rat Geratenen würde durch die einmalige Teuerungszulage auch nicht viel geholfen, es sei dann richtiger, die Löhne zu erhöhen. Genosse Mohr erbat, die Vorlage anzunehmen. Der Abänderungsantrag der Unabhängigen Fraktion besagt wenig und vergrößert nur die Erledigung der ganzen Angelegenheit. Richter wäre es, den Wünschen der Arbeiter mehr Rechnung zu tragen. Ein Antrag auf Lohnserhöhung der Arbeiter liegt bereits vor. Nur damit kann die steigende Teuerung bekämpft werden. Er bat die Unabhängigen, ihren Antrag zurückzugeben. Bernstein betonte, daß es unter diesen Umständen allerdings richtiger ist, den Antrag lassen zu lassen, um die Lohnserhöhung zu beschleunigen. — Die Vorlage wurde danach angenommen.

Brennholzauf. Zweite Änderung der herrschenden Kohlenknappheit gibt der Magistrat den milderbemittelten Schichten der Schöneberger Bevölkerung in der Weise Gelegenheit zur Beschaffung von Brennholz zu ermäßigtem Preise, daß Inhaber der neuangegebenen Kohlenarten der Gruppen II und III, in der Zeit vom 4. bis 12. Februar gegen Abtunpelung ihrer Kohlenkarte, eine Brennholzkarte erhalten können. Jede Brennholzkarte ist mit 8 Abschnitten versehen, auf jeden Abschnitt entfällt 1/2 Zentner Brennholz. Der Zentner des in Höhe von 25 Zentimeter Länge geschnittenen Brennholzes kostet ab Holz nur 4 M. und ist in folgenden Größen erhältlich: B. Berger G. m. b. H., Sachsenbaum 1, Herberg, Goltstr. 13 b, Lamprecht, Hohenhausenstr. 65, Wache, Hochstr. 4, Skappo, Groß-Gröbenstr. 20 a.

Neulohn. Zuzulage für Kinder. Die Zuzulage für Kinder von monatlich 1/2 Pfund ist vom 1. Februar ab auf Kinder bis zum 7. Lebensjahre ausgedehnt, gleichzeitig sind die Mengen bei Kindern im 1. Lebensjahre auf 1 1/2 Pfund, bei Kindern im 2. Lebensjahre auf 1 Pfund monatlich erhöht worden. Die Ausgabe der Zusatzkarten an die Haushaltungen erfolgt Mitte Februar, zusammen mit den Lebensmittellisten für den kommenden Versorgungszeitabschnitt.

Gipfeln. 200 Proz. Kommunalsteuer steht der Haushaltsvoranschlag für 1918/19 vor. Danach bleibt also der Gemeindesteueraufschlag gegen das laufende Jahr unverändert. Allgemein steht im engeren Groß-Berlin, nach dem Beschlusse einer gemeindefinanziellen Konferenz der Räte dieser Gemeinden, eine Erhöhung des jetzigen Steuerzuschlags von 170 auf 190 Proz. bevor.

Friedmann. Lebensmittel. Die Gemeinde gibt in der laufenden Woche auf den Kopf der Bevölkerung 200 Gramm Fleisch auf acht Abschnitte der Nr. 6 der Reichsfleischkarte und 40 Gramm Wurst auf sechs Abschnitte der Nr. 6 der Reichsfleischkarte aus.

Ramstedt. Das Arbeitsamt hat eine Lehrstellenausschreibung eingerichtet, deren Inanspruchnahme allen Eltern, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen, dringend empfohlen sei. Neben der Lehrstellenausschreibung soll auch eine Berufsberatung der Knaben und Mädchen erfolgen, was namentlich in den

Seelenärztliche Heilmethoden.

Von Dr. Bruno Sacler (Charlottenburg).

Bestrebungen krankhafte Erscheinungen auf psychischem Wege zu beeinflussen, sind so alt wie die Medizin. Schon der griechische Arzt Asclepiades soll eine Art Hypnose angewandt haben, indem er aufgeregte Kranke durch Reiben in Schlaf versetzte, und der im 2. Jahrhundert n. Chr. lebende Arzt Caelius Aurelianus wußte schon, was heute noch immer nicht Gemeingut aller Ärzte ist, daß Störungen der seelischen Vorgänge nicht mit Arzneien, sondern mit psychischen Mitteln zu bekämpfen sind.

Nichtdeutlicher begann die eigentliche Ära der Psychotherapie erst mit der Geburt der wissenschaftlichen Psychiatrie zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Allerdings ist die Lehre vom tierischen Magnetismus, die von dem Wiener Arzt Mesmer in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufgestellt wurde und in der des im 18. Jahrhundert lebenden Arztes Theophrastus Paracelsus ihren Vorläufer hatte, die Grundlage für eine Behandlungsart gewesen, wie sie auch heute noch geübt wird; indessen kann hierbei von einer eigentlichen psychischen Heilweise aus dem Grunde nicht gesprochen werden, weil Mesmer seine Erfolge nicht, wie es in Wirklichkeit der Fall war, der suggestiven Beeinflussung seiner Kranken, sondern einer magnetischen Kraft, die er sich zufügte, verdankte zu wissen glaubte. Aus dem gleichen Grunde sind die Behandlungsarten der durch den Mesmerismus beeinflussten „Heilmagnetisierer“ nicht als psychische anzusehen, wenn auch die Erfolge, die sie bei manchen Kranken gelegentlich erzielten, durch Suggestion, also durch einen psychischen Mechanismus, herbeigeführt werden. Die günstige Wirkung entspringt in diesen Fällen lediglich durch den Glauben des Kranken an die Heilkraft der vorgenommenen, an sich völlig gleichgültigen Prozedur, der ja bei jeder ärztlichen Maßnahme einen nicht zu unterschätzenden Heilfaktor bildet. Von wirklicher Psychotherapie unterscheidet sich das Vorgehen der genannten kurpflegenden Laien aber sehr wesentlich dadurch, daß nicht, wie unbedingt gefordert werden muß, noch genauer Untersuchung eine zielbewußte Behandlungsart gewählt, sondern unterschiedslos eine in der Hauptache auf Täuschung berechnete Heilmethode befolgt wird, die oft genug Schaden stiftet, wenn sie auch gelegentlich von Nutzen sein kann.

Zu wissenschaftlicher Form wurde die Bedeutung der Suggestion und der letztlich durch Suggestion zu erklärenden Hypnose für die Heilung psychischer Störungen zuerst von dem französischen Arzt Liebau im Jahre 1866 in einem aufsehenerregenden Werk dargestellt, das die Grundlage für den großartigen Ausbau der hypnotischen Heilmethode durch die französischen Professoren Bernheim und Charcot in den vier Jahren des vergangenen Jahrhunderts bildete und dessen Lehren im wesentlichen auch heute noch Gültigkeit haben. Wir verstehen seitdem unter Hypnose einen schlafähnlichen Zustand, der auf dem Wege der Suggestion zu erzielen ist, und in dem wiederum eine erhöhte Empfänglichkeit für suggestive Beeinflussung besteht. Die Veranlassung zur psychischen Heilweise entstanden Störungen in der Hypnose geschieht dabei nicht anders als durch Ausnutzung dieser erhöhten Beeinflussbarkeit von Seiten des Kranken zum Zwecke einer Suggestion, wie sie auch in welchem Zustande angewandt werden kann.

Die Vorkerrschaft der Suggestion und Hypnose auf dem Gebiet der Psychotherapie war aber nicht von Dauer. Die Erkenntnis, daß es eine große Anzahl psychischer Leiden gibt, vor allem die eigentlichen Geisteskrankheiten, die der suggestiven und hypnotischen Behandlung durchaus unzugänglich sind, ferner die Erkenntnis, daß durch diese Heilmethoden oft genug die Symptome nur schwanden, um anderen Platz zu machen, führte schließlich für ihre Anwendung zu einer ganz bestimmten engen Umgrenzung und brachte wieder die allmählich auf Grund der wachsenden Kenntnis psychischer Krankheiten entstandene Behandlungsart zu Ehren, die im wesentlichen dem Arzt die Aufgabe stellt, dem Kranken freundschaftlicher Berater und ärztlicher Erzieher zu sein und deswegen ganz besondere Anforderungen an dessen Persönlichkeit stellt. Wohlwollender Sinn, große Geduld, Selbstbeherrschung, eine besondere Freiheit von allen Vorurteilen, ein aus einer reichen Weltkenntnis geschöpftes Verständnis der Menschen, Gewandtheit der Konversation und eine besondere Neigung zu feinem Sarkasmus, die ihn allein über dessen vielfache Mähen und Anstrengungen hinwegleitet, das sind die Eigenschaften, die Erzieher, der Kliniker der deutschen Psychiatrie, als Voraussetzungen für eine erfolgreiche Behandlung seelischer Leidender fordert. Daß die Persönlichkeit des Arztes allein aber nicht hierzu befähigt, daß vielmehr tiefste Einsicht, die nur durch sorgfältiges Studium und jahrelange Erfahrung erworben werden kann, unentbehrlich ist, sollte eigentlich kaum erwähnt werden müssen. Leider wird diese Tatsache aber auch von Ärzten noch zu sehr verkannt.

Ebenso wie der Suggestion und der Hypnose Grenzen gesetzt sind, gibt es aber auch einen Punkt, über den hinaus die erzieherische, überredende und beratende Beeinflussung des Kranken machtlos ist. Dies gilt nicht allein für die eigentlichen Geisteskrankheiten, sondern ganz besonders für das große Gebiet der als Psycho-neurosen bezeichneten, von Unkündigen nur zu gern als „eingebildet“ angelehnten nervösen Leiden, die durch sorgfältige und zielbewußte psychische Behandlung oft zwar weitgehend gebessert, selten aber für die Dauer geheilt werden konnten. Dies änderte sich erst mit der durch die neuesten Forschungen errungenen Erkenntnis, daß es sich bei den Psycho-neurosen um Störungen der gemächlichen Sphäre handelt, die durch Verdrängung stark unzulässiger und daher dem Bewußtseinsunfähiger Vorstellungen aus dem Bewußtsein in das Unbewußte entstanden sind und daher zweckmäßig nur durch systematische Erforschung und Bewußtmachen der unterbewußten seelischen Vorgänge, die zur Entstehung der Neurose geführt haben, beseitigt werden können. Diese Heilmethode, die zuerst im Jahre 1885 von dem Wiener Arzt Sigmund Freud und Freud angegeben und später besonders von Freud weiter ausgebaut wurde, wird die psychoanalytische genannt. Sie hat im Laufe der zwei Jahrzehnte, während deren sie geübt wird, viele Wandlungen durchgemacht und ist auch manche Irrwege gegangen. Viel angefeindet, von hervorragenden Ärzten in Grund und Boden verdammt, durch übereifrige Anhänger zur Karikatur verzerrt und der Zückerlichkeit preisgegeben, hat sie doch allmählich festen Boden gewonnen. Heute darf man mit Befriedigung feststellen, daß die Psychoanalyse nicht nur unsere Psychotherapie um eine außerordentlich reichhaltige Heilmethode bereichert, sondern durch die Erschließung des Unterbewußtseins der psychologischen Forschung neue Wege gewiesen hat, deren Bedeutung sich wiederum für das therapeutische Handeln als legendär erweisen und so letzten Endes den Kranken zugute kommen wird. Diejenigen Nervenärzte, die die — allerdings nicht leicht erlernbare — Kunst der Psychoanalyse sich zu eigen gemacht haben, wissen, daß ohne sie alle Psychotherapie nur Stückwerk sein kann, da sie allein von allen psychischen Heilmethoden die ideale Forderung der Medizin erfüllt, kausale Therapie zu sein, d. h. eine Therapie, die sich nicht damit begnügt, das Symptom zu bekämpfen, sondern das Uebel an der Wurzel faßt. Im übrigen macht sie die anderen psychischen Behandlungsarten nicht entbehrlich. Es wird immer Fälle geben, die sich für die psychoanalytische Behandlung nicht eignen; ferner darf nicht vergessen werden, daß ihre Anwendung sich streng auf das Gebiet der Psycho-neurosen beschränkt. Aber auch in diesen Fällen darf in der Regel nicht auf eine sorgfältige Überwachung der Erfolge und zielbewußte psychisch-orthopädische Nachbehandlung verzichtet werden, durch die erst die Dauerheilung gewährleistet wird.

Die finnisch-ungarische Stammesverwandtschaft.

Die finnisch-ungarische Stammesverwandtschaft, die kürzlich durch Entdeckung einer Abordnung der Kaiserlich Dalmatiner im Namen der neuen finnischen Republik an die ungarische Regierung ihre neue Verflechtung gefunden hat, reicht bis in ferne Urzeiten zurück. Recht ist es eigentlich erst durch die vergleichende Sprachwissenschaft wieder erkannt worden, die auf Grund ihrer Forschungen sowohl die Bewohner Finnlands wie die ungarischen Magyaren als zu der gleichen uralto-finnischen Gruppe des uraltaischen Sprachstammes gehörend feststellte. Die uraltaischen Völker, im weiteren Sinne gleichfalls Finnen genannt und aus von Tacitus unter Finni als die Bewohner Osturopas bezeichnet, hatten ihre Urstätte vom Altai in Innerasien bis über den Ural. Sie umfaßten die türkischen, turanischen, samojedischen Stämme und das sich beiderseits des Ural von der Wolga bis zum Ob erstreckende uralische Land, die eigentliche Heimat sowohl der baltischen Finnen wie der Ungarn, deren Namen auch hiernach abgeleitet ist. Im Norden dieses Gebietes, also etwa in der Tundra, wohnten damals die jenseitigen baltischen Finnen, worauf auch die dort gebräuchlichen finnischen Bauarten hindeuten, den südwestlichen Teil dagegen hatten die Magyaren inne, die damit unmittelbar an die türkischen Stämme grenzten, woher sich wohl auch die türkischen Sprachenanläufe bei ihnen ableiten. Dem allgemeinen Drange vom Osten aus Innerasien her, der die türkisch-tatarischen Völker gegen die Osmanen Europas warf, vermochten auch die uralischen Finnen nicht zu trotzen und traten eine Verschiebung nach Westen an. Während hierbei die in der Mitte des uralischen Gebietes wohnenden Ostjäden und Wogulen westlich des Ural gelangten, wurde die westwärtige Bewegung im Norden von den baltischen Finnen bis an das Weiße Meer und auf die Nordhälfte Skandinavien getragen, im Süden von den Magyaren bis an die Donau fortgesetzt, beiderseits deren sich die eingedrungenen Magyaren nun bleibend festsetzten. Die magyarische Einwanderung in das heutige Ungarn vollzog sich im 9. Jahrhundert und fand mit ihm seinen Abschluß.

Je mehr sich nun aber im Laufe der Zeit die großrussische Macht von ihrem Mittelpunkt Moskau aus nach Westen und Osten ausdehnte, um so vollkommener verschwand der Zusammenhang sowohl zwischen den nördlichen Finnen und den südlichen Magyaren als auch zwischen diesen und ihrer Heimatgegend am Ural. Auch die in der Mitte westwärts vorgehenden Stämme der Ostjäden und Wogulen, mit deren Sprache die magyarische am unmittelbarsten verwandt ist, wurden dadurch wieder nach Osten über den Ural zurückgedrängt. Heute bewohnen diese das eigentliche Bindeglied der Verwandtschaft zwischen Finnen und Magyaren bildenden Völkern als armenische Jäger und Fischer das Gebiet östlich des Ural bis zum Mittellauf des Ob. Ihre Erforschung verbanden sie ungarischen sowie finnischen Gelehrten, die die alten Urkräfte ihres Geschlechtes bereisten und dabei sich durch die Wissenschaft als stammverwandte Völker wiederfanden.

Explosionsheizungen.

Das gegenwärtige Verfahren der Heizung mit Kohle ist unvollkommen, ja geradezu verschwenderisch, wenn die Kohle unmittelbar verfeuert wird; etwas vollständiger ist das Verfahren der Verfeuerung, das eine bessere Ausnutzung gestattet und wertvolle Nebenprodukte entstehen läßt. Viel besprechend ist der Gedanke der Kohlenstaubverfeuerung, den zuerst Oberbergrat Henschel ausgedrückt hat, aber bei weitem überlegen scheint all diesen Heizverfahren ein neues, längst durch Patent geschützt zu sein, das die Explosion in den Diensten der Heizung stellen will. Nach der Beschreibung, die Ingenieur O. Stode (Eisen-West) in dem bei Otto Spamer in Leipzig erscheinenden „Prometheus“ veröffentlicht, bedient sich die Explosionsheizung einer Vorrichtung, die in regelmäßigen Zeitabständen eine bestimmte Menge Kohle für und bestig zu Staub zermahlt, fortbläut und dem kleinen Reste nicht genügend zermalmter Kohle zum Nachglücken einen Platz im Feuerraum zuweist, der von dem Feuer der verbrennenden Staubkohle und von der Luft bestrichen wird. Die Kohle gelangt dabei auf mechanischem Wege aus einem Fülltrichter in abgemessenen Mengen in ein Gehäuse; hier erfolgen in regelmäßigen Zeitabständen Explosionen von Gas- oder Kohlenstaubgemischen oder von kleinen Sprengstoffpartikeln, wodurch die Kohle zermahlt und in die Heizung geschleudert wird. Die zu Staub zerlegte Kohle verbrennt beim Eintritt in den erhitzten Ofen sofort, während die übrigen Reste, durch eine Feuerbrücke aufgehalten, in den Nachglühbehälter gelangen, der von den Stößen der verbrennenden Staubkohle bestrichen wird. Da hier Luft sowohl von unten wie von der Seite eintritt, ist ein Verlocken der Restkohle nicht möglich. Der Nachglühbehälter, der einen enghalsigen Koff hat, dient zum Anfeuern und Sammeln der Asche und gleichzeitig als Reservoir bei Betriebsstörungen der Hauptanlage. Das Gehäuse und seine Dose sind innen mit spitzen, pyramidenförmig laufenden Zügen versehen, damit die nicht völlig zerkleinerte Kohle sich weiter zerreiht und der ausströmende Strahl zerstäubter Kohle rotiert, wodurch der Kohlenstaub innig mit Luft gemischt und lange schwebend gehalten wird. Die Hindernisse erfolgen durch eine kleine Spannvorrichtung; nach jeder Explosion springen der kebern angebrachte Fülltrichter und das Explosionsgehäuse infolge des Rückstoßes zurück, hierdurch wird Kohle in den Fülltrichter geschleudert und die ganze Einrichtung ist für eine neue Füllung bereit. Es versteht sich von selbst, daß als Sprengmittel nur ein Sicherheits-Sprengstoff in Betracht kommen kann. Zu unteruchen bleibt noch, ob man mit einem geeigneten Zünder und Zündloch zu reinen Kohlenstaubexplosionen übergehen, also als Betriebsmittel nur Kohlenstaub und verdichtete Luft oder gar flüssigen Sauerstoff verwenden kann.

Notizen.

Der Nationalfonds der Tataren. Die tataarische Bevölkerung in Eibiruhland hat ihren Drang nach Unabhängigkeit auch in praktischer Richtung hervorragend betätigt durch die Stiftung eines Nationalfonds, der bereits die Höhe von anderthalb Millionen Rubel erreicht hat. Diese Summe ist in etwa einem Monat gesammelt worden, nachdem die erste Nationalversammlung Anfang Dezember einen Ruf zur allgemeinen Teilnahme hatte ergehen lassen.

Der Erfinder der Margarine. Die Erfindung der „echten“ Margarine gelang in Paris während der Belagerung einem französischen Chemiker namens Mouries, und zwar durch Zufall beim Durcheinandermischen von Milch und Ninderfett. Mouries verbesserte die Mischung und ließ sie patentieren. Später, als man sah, daß man für größere Fabriken nicht genug Rinderfett zur Verfügung hatte, machte man auch Versuche mit pflanzlichem Fett, und so entstand schließlich die heute gebräuchliche Margarine.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Am nächsten Tage war Minka Dombrowski etwas scheu. Ihre schwarzen Augen blinzelten zur Seite, als Gertrud fragte: „Haben Sie mich gar nicht rufen hören gestern Abend?“

Sie hätte Zahnschmerzen gehabt, den Kopf sich bloß zugebunden. Dabei ließ sie in einem verlegenen Lachen ihre ferngehabten starken Zahnräder sehen.

Gertrud sagte kein Wort mehr darüber. Der Kopf war ihr benommen, sie hatte wenig geschlafen. Spät in der Nacht hatte sie Tritte gehört, die Schritte des Mannes, der sich jetzt entfernte, unter ihre Türschwelle war Minka hinein geschlüpft. Oh Gott, Herr Dombrowski, Herr Dombrowski!

Den ganzen Tag wurde sie die traurigen Gedanken an den betrogenen Mann nicht los. Als sie am Abend von der Arbeitsstube durch die nachts kalte Winternacht zur Bahn ging, um nach Hause zu fahren, dankte ihr selbst Berlin traurig. So hatte sie es noch nie gesehen. Tag es nur an ihrer eigenen Stimmung, oder war es wirklich so trübselig leer, wie sie es heute empfand? Es gingen ja noch Menschen, diese Menschen sogar, aber sie gingen in summen Gassen. Nichts mehr von dem beglücklichen Schallern, vom Herumstehen an den Ecken und vor den strahlenden Schaufenstern nichts von all dem Getriebe, das in einem immerwährenden Summen über den Straßen schwebt. Ein der Nachtimmel, der sich über die Meeresstadt wie ein dunkles Tuch breitet, war nicht angegrimmert vom Glanz strahlender Beleuchtung. Die großen Geschäftshäuser, die sonst die Nachtstunden ihrer Firmenn in immer wechselnden Lichtern aufleuchten ließen, wie aneinandergerückte goldene, silberne, bunte Sterne, hatten ihre Reflektoren eingeschleift.

Ein dunkles Gefühl, dessen Ursprung sie sich nicht klar machte, froh Gertrud an. Würde die Zeit noch härter werden? Wie würde es ihr dann ergehen, ihr, der armen Arbeiterin, der ledigen Mutter mit dem vaterlosen Kind? Ihr wurde so bange, daß sie sich an liebsten vor den Zug geworfen hätte, statt in ihn einzusteigen. Wo sollte sie dann hin zu wem flüchten? Jeder hat doch eine Zuflucht auf der Welt, sie hatte keine, sie war ganz allein auf sich gestellt. Und war

milde und hungrig. Einen Augenblick schob es ihr durch den Kopf: keine Mutter! Wenn sie zu der ginge, die würde ihr die Tür jetzt vielleicht nicht verschließen. Aber dann sah sie die harten Augen der Frau vor sich, und der alte Groll bäumte sich auf in ihr: wenn die nicht gewesen wäre! Nie und nimmer würde sie zu der gehen, nie. Unter die Räder, unter die Räder, dann war alle Not zu Ende!

Die Stirn gegen das angelaufene Fenster des Abteils gedrückt, starrte Gertrud hinaus in die Finsternis, die sie durchdrang. Ihr graute vor dem Heimweg über das winddurchpustete Feld, ihr graute vor ihrer kalten Stube, ihr graute vor dem Leben überhaupt. Mit einem tiefen Seufzer hob sie die Stirn vom Fenster und lehnte den Kopf mit geschlossenen Augen zurück an die Holzwand des Sitzes.

„Ni Jhnen nicht wohl?“ Eine Hand berührte leicht ihren Arm. Erschrocken machte sie die Augen auf. Sie hatte es gar nicht bemerkt, daß im letzten Augenblick der Abfahrt noch jemand die Wagenkür angegriffen hatte und eilig eingeschlagen war.

Die Dame in dem kostbaren Pelzmantel hauchte gar nicht in die dritte Klasse, die tat aber ganz so, als führe sie immer hier. Mit einer Frau, die, etwa Henselford auf dem Sahag, neben ihr gezwängt sah, einigte sie sich freundschaftlich. Einem kleinen Jungen gegenüber, der sie mit den baumelnden Zügen starrte, sagte sie: „Gib die Zappelrei, mein Jungchen“, sah ihn aber dabei freundlich an.

Frau von Voigt fiel das blasse verstörte Gesicht auf, das ihr gegenüber mit geschlossenen Augen gegen die harte Wand lehnte. Bienenförmiger Gesichtsausdruck sah man jetzt! Es war nicht Neugier in der Stimme, die Gertrud Hieselhahn fragte. Frau von Voigt schüttelte es: ihrer Seele war im Krieg das Mittelteil gewachsen wie einem Vogel die Flügel, die nicht mehr gestutzt werden; Stand und Erziehung hatten sie eingewöhnt gehalten, jetzt flatterten ihre Gesühle freier.

Gertrud rißte sie auf und rührte die Pelzappe zurecht sie fühlte die harten Augen forschend auf sich ruhen. Sie brachte es aber nicht fertig, abweisend zu sein, sie sagte: „Danke sehr, mir ist ganz wohl, ich war nur müde.“ Ein sympathisches Gesicht! Frau von Voigt sah die ganz zerflohenen Finger, die keine Handschuhe trugen. Ein Gesicht mit einem feinen Ausdruck, nicht das einer ganz gewöhnlichen

Arbeiterin. „Sie sind wohl in Berlin beschäftigt? Wohnen Sie auch draußen?“

Gertrud lächelte dankbar — wie lange hatte sie keinen teilnehmend gefragt!

„Ich nähe Lornister.“ antwortete sie leise; sie neigte sich zu der ihr gegenüber Sitzenden, die anderen brauchten ja nicht zu hören, was sie sprach.

Frau von Voigt sah ganz aus der Nähe in ein paar Augen, die schon soviel geweint hatten, daß der Glanz der Jugend weggeweht war. „Verdienen Sie denn gut?“

„Hier darf fünfzig, wenn ich den ganzen Tag arbeite. Früher nähte ich auf Militärmäntel, das war besser. Aber ich fürchte, es hat auch bald ein Ende mit den Lornistern; das Leder fehlt. Und was ich dann mache?“ Ein düsterer, in sich gekrümmter Ausdruck kam in die braunen Augen. „Strafentfremden — wer weiß, das kommt auch noch!“ Es fuhr ihr bitter heraus, es war, als ob die Blicke der Dame ihr alles herauszogen. „Ich könnte Kontorarbeit machen, hab's gelernt. Aber nicht nimmt ja keiner!“

Klang das nicht wie ein kühlerer tieferer Not? Frau von Voigt legte ihre Hand begütigend auf die zerflohenen Finger. Die Ritzen der Hände schon hingehört, so flüsterte sie: „Lassen Sie jetzt gut sein. Wir sprechen ein andermal darüber. Wollen Sie nicht zu mir kommen?“ Sie nannte ihren Namen und ihre Adresse.

Gertrud fuhr zusammen: daß sie die nicht wiedererkannt hatte! Das war ja der Dombrowski ihre Exzellenz. Scheu sammelte sie: „Danke!“ Und dann schwieg sie.

Die Dame hatte ihr noch zugenickt: „Also auf Wiedersehen!“ Gertrud empfand die Freundlichkeit, aber nein, hingehen würde sie doch nicht. Was mußte eine so vornehme Dame von ihrer Not?

Als sie an dem Zigarrenlädchen von Dietrich vorüberkam, fiel es ihr plötzlich auf die Seele, wie lange sie Margarete nicht gesehen hatte. Ueber der eigenen immer und ähnlichen Not hatte sie die ganz vergessen. Sie guckte einen Augenblick ins Schaufenster, Frau Dietrich stand gerade in dem schwachbeleuchteten Lädchen hinterm Ladentisch. Augenblicklich war kein Feldgrauer drinnen, der sich Zigarren kaufte. Gertrud trat rasch ein und fragte nach Gretchen.

(Fortf. folgt.)

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
 7 Uhr: **Don Carlos.**
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: **Kinder der Freude.**
Volkstheater.
 Theater am Gellertplatz.
 Untergrund. Schönha. Tor.
 7 1/2 Uhr: **Happelkopf.**
 Dir. G. Meinhart — R. Bernauer.
Theater d. Königgrätzerstr.
 7 1/2 Uhr: **Erdgeist.**
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: **Der Unbestechliche.**
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: **Die tolle Komtesse.**

Theater für Mittwoch, 6. Februar.
Central-Theater
 Kommandantenstraße 57.
 7 1/2 Uhr: **Die Csardasfürstin.**
Deutsches Opernhaus
 7 Uhr: **Tannhäuser.**
Friedrich-Wilhelmst. Theater
 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Kleines Theater
 7 1/2 Uhr: **Nante.**
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: **Schwarzwalddädel.**
Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stamboul.**
Neues Operettenhaus
 Schiffbld. am Kasent. N. 281
 7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhol
Residens-Theater
 7 1/2 Uhr: **Der junge Zar.**
Schiller-Theater O
 7 1/2 Uhr: **Die selbige Erzählerin.**
Schiller-Th. Charl.
 7 1/2 Uhr: **Die wilde Jagd.**
Schillerstr. 8 U. Marc. Salzer.
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: **Egon und seine Frauen.**
Theater am Nollendorfplatz
 7 1/2 Uhr: **Dorf und Stadt.**
 7 Uhr:
Von allen Dingen
Theater des Westens
 4 Uhr: **Münch und Greisl.**
 7 1/2 Uhr: **Der verlobte Herzog**
 mit Guido Thielscher

NATIONAL-THEATER
 Cöpenicker Str. 66.
 5 Minuten Jannowitzbrücke.
 7 1/2 Uhr: **Großer Erfolg! 7 1/2**
Die ist richtig! . . .
 Musik von Walter Bromme.
 Sonn. 8 1/2; Studententischen.
 Preise: 1.50—8 M.
 Vorverk. 10%—2 u. ab 4 Uhr.

Voigt-Theater.
 Sadstr. 52. Sadstr. 56.
 Täglich:
Marianne,
 ein Weib aus dem Gasse.
 Hoffenerstr. 6 1/2, Anfang 7 1/2 U.
 Dienstag, den 12. Februar:
 Benefiz für G. Antipiel:
 Wein Despold.

Königl. Preuss. Klassen-Lotterie
 Ziehung 2. Klasse 12. u. 13. Februar 1918
 1/8 1/4 1/2 1/1 Losen
 10 20 40 80 M. und Porto
 bei Vorauszahlung für alle 5 Klassen
 25 50 100 200 M. und Porto
Hahn, Königl. Preussischer Berliner S 14
 Prinsenzstraße 70, am Moritzplatz.
 Tägliche Gewinnlisten zur Preuss.-Südd. Klassenlotterie
 1.—5. Klasse zum Preise von 8 M. versendet postfrei
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14,
 Alexandrinenstr. 70 und Prinsenzstr. 70.

WINTERGARTEN
 Hegelmann Truppe
 Luftakt
Herbert Kühling
 d. 14jähr. Klaviervirtuose
Grete Flins
 Soubrette
 sowie der
 reichhaltige, neue
 Februar-Spielplan.

URANIA
 8 Uhr:
Der Siegeszug nach Venetien.
 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
 Die Natur als Meisterin der Flugtechnik.

Casino-Theater
 Polsterstr. 67. Tägl. 7 1/2 u. 11.
 Bleibt ein ständiger Schläger.
 Bittlicher Humor! G. Erfolg!
Samstagsfreie.
 Der. Welle in 3 Akte. — Dazu
 noch 2 Erw. Carry Hartwell.
 Sig. 4 U.: Schlipf, schlipf, hurra!

Büsch
 Tägl. 7 1/2, Sig. 8 1/2, u. 7 1/2 U.
Der Granaten- und Kanonen-König
 Ernst Planer und Partnerin,
 herkulischer Marine-Akt.
 Aufstehen eines massiven
 Schiffsankers und
 Aufstiege einer aus einem
 Geschütz scharf abge-
 schossenen 45 Pfund
 schweren Granate.
 3 Jussowsky, 3 Helms
 usw. usw. Zum Schluß:
88 Mondfahrt. 88
 Besonders hervorzuheben:
 Sturzflug Prof. Wurm im
 Aeroplan auf den Mond.
 Seg. 8 1/2, 1 Kind frei! Das
 gr. Febr.-Prog. u. Mondfahrt.

Admiralspalast
 7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze von Schubert.
AbraKadabra.
 Der Hofmeister. Ein ruf-
 fischer Polstermann von G.
 Jaboloff. Preis 5 Mark.
 Einhandlung Bornharts, Lin-
 denstraße 3, Laden.

Besen
 ca. 8 cm breit u. 30 cm lang
 Postpakete, 2 u. 4 Stück.
 liefert noch prompt per
 Nachnahme S. 4.80 M.
 exkl. Verpackung, unfrank.
 bei Duzendabnahme
 franco inkl. Verpackung.
Besen- u. Bürsten-Industrie
 Cella I. H. 350 Arbeiter.
 Niederlag. Berlin:
 Rosenthaler Str. 14, Teleph.
 Norden 10 026. Kottbuser
 Damm 29-30, Mpl. 11949.

Zirkus A. Schumann
 5H. Friedrichstr. Anf. 7 1/2.
 Letzte Saison in Berlin.
 Nur noch kurze Zeit.
Das große Februar-Sport-Programm,
 u. a.
 exotischer Dressur-Akt
Nadchura.
 Geschw. Pita-Larola,
 akrob. Handkünstlerinnen.
 10 dressierte Kamäle
Araber Muly Sayd
 Mexiko. Große Anst.-
 Pantomime.

Schwarzer Käfer
 Friedrichstr. 193.
 Ecke Behrenstraße.
Glaira Waldoff
Willi Prager
Werner Goldmann
 u. das hervorragende
 Februar-Programm.

Kutschhofen-Theater.
 Allabendlich 7 1/2, und Sonntag
 nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger.
 „Mein Weh-
 nachtraum.“
 Nachmittags
 ermäßigte
 Preise!

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Eine Waise.
Walhalla-Theater.
 3 1/2, 7 1/2, 11 Uhr:
Dornröschen.
 7 1/2, 11 Uhr:
Am Goldenen Horn.

Große Berliner Lotterie
 für das Säuglingsheim.
 Ziehung am 27. März 1918
 Gesamt- u. Höchstbetrag
 der mit 90% garantierten
 Gewinne
30 000 Mark
30 000
20 000
10 000
 usw.
 Berliner 2 M. Porto u. Liste
 Lose zu 2 M. 45 Pf. mehr,
 10 gemischt. Glückslose 20 M.
 versenden (auch gegen
 Nachnahme)

Settkorfe
 zu 12
Weinkorfe
 zu 2
 u. a. l. and. Set. neue u. geb. Korfe
 ferner:
**Zelluloid-, Film-,
 Hartgummi-,
 Wachs-,
 Wachswalzen-,
 Schallplatten-Abfälle**
 Erdbeer G. m. b. H.,
 Georgenstraße 50
 (b. Alexanderplatz),
Friedrichstraße 45
 Ecke Hammerstraße.
 9-12 1/2, 2 1/2-6 1/2

Apollo
 Friedrichstr. 212. 7 1/2.
Der Flieger von Tsingtau
 sowie die vorbildlichen
 Variété-Attraktionen.
 Theaterkasse ab 10 U.
 muntere, lustige

Berliner Konzerthaus
 Manerstraße 22. Zimmerstraße 96/91.
Heute:
Großes Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters,
 Leiter: Komponist Franz von Blon.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Freitag, den 8. Februar: **Großes Konzert**
 der Gruppe Osten des **Groß-Berliner Sängerbundes.**
 Leitung: Gruppen-Chormeister Paul Hüchel.

Trianon-Theater
 Georgenstr., 5H. Friedrichstr.
 Tel.: Zentrum 4937 und 3991.
 7 1/2 Uhr **Der 7 1/2 Uhr**
Lebensschüler.
 Komödie von Ludwig Fulda.
 Ida Wüst, Erich Kaiser-Hilt,
 v. Möllendorff, Mart. Kottner,
 Stg. 3 1/2, kl. Pr.: Hedda Gabler.

Emil Haase & Co.
 Berlin, Bredowstraße 9
 auch in unseren Läden:
 Potsdamer Str. 23a, König-
 straße 57, Wallstraße 1,
 Rosenthaler Straße 71,
 Müllerstr. 3b.

Masputen,
 besonders fetts. 21472
 fette Markhäuter,
Jette Raminchen im Fell
 empfiehlt besonders preiswert
Schmid normale **Lahme,**
 Planauer 21, am Gellertchen Tor.

Verkauf
 Umgehobener und Wand-
 erlöcher erhaltener Pländer
 sowie anderer vieler Waren,
 als Pelzwaren aller Arten,
 Uhren, Brillanten, Ringe,
 Silberarbeiten, Epokarbeiten,
 Edelsteinarbeiten verkauft enorm
 billig. Degenstr. 47, Anfang, De-
 laun und Gellertchen jeder
 Werkzeuge. 1182

Möbel
 In schwerer, ge-
 diegene, eichene Speisestühle
 äußerst preiswert. Möbel-
 haus M. Pichowitz, Süd-
 Oststr. 25. Dönhofs-
 Kottbuser Tor. 1898

Kaufgesuche
 Elektrische Inzallations-Materi-
 alien aller Art laut preis-
 wert: Kaiser, Prinzenstr.
 Straße 4. Moritzplatz 12 912.
 7 1/2

Wollstoffe! Gramm bis
 7,70! Fahrgasse! Reizen!
 Ringel! Kästchen! Schil-
 trumps! Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!

Unterricht
 Technische Privatschule. Re-
 gierungs-Baummeister Dr. Ber-
 ner, Berlin, Reanderstr. 3.
 Technische Friedrich, Wich-
 str. 59. Täglich An-
 fängerkurs. Donnerstag
 moderner Länge. 728

Arbeitsmarkt
 Schlosser auf Mittelrochelt
 verlangt Ed. Fals, Tempelhof.
 2732
 Kellere Mann, der Zerk-
 beitung befreit, sucht Kon-
 nederhau, Treff-
 Straße 5. 959
 Schuhmacher, Herren- und
 Damenrod, Boden, in
 außer dem Hause, dauernde
 Beschäftigung. H. Ditzgen,
 Jehoniststraße 13. 1154
 Arbeiterin auf Seidenmüchel.
 Krause, Schönhauser Allee 120.
 942

Wollwaren. Wollen Sie
 Wollwaren noch billig kaufen,
 müssen Sie in den Flauen
 Bazar laufen. Kaiser-Wilhelm-
 Straße 16, beim Alexander-
 Platz. 252

Möbel
 In schwerer, ge-
 diegene, eichene Speisestühle
 äußerst preiswert. Möbel-
 haus M. Pichowitz, Süd-
 Oststr. 25. Dönhofs-
 Kottbuser Tor. 1898

Kaufgesuche
 Elektrische Inzallations-Materi-
 alien aller Art laut preis-
 wert: Kaiser, Prinzenstr.
 Straße 4. Moritzplatz 12 912.
 7 1/2

Wollstoffe! Gramm bis
 7,70! Fahrgasse! Reizen!
 Ringel! Kästchen! Schil-
 trumps! Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!

Verschiedenes
 Umgepicht nach den neuesten
 Formen werden Damen- und
 Herrenhüte. Rose, Koll-
 holzstraße 20/21. 942

Arbeitsmarkt
 Schlosser auf Mittelrochelt
 verlangt Ed. Fals, Tempelhof.
 2732
 Kellere Mann, der Zerk-
 beitung befreit, sucht Kon-
 nederhau, Treff-
 Straße 5. 959
 Schuhmacher, Herren- und
 Damenrod, Boden, in
 außer dem Hause, dauernde
 Beschäftigung. H. Ditzgen,
 Jehoniststraße 13. 1154
 Arbeiterin auf Seidenmüchel.
 Krause, Schönhauser Allee 120.
 942

Wollwaren. Wollen Sie
 Wollwaren noch billig kaufen,
 müssen Sie in den Flauen
 Bazar laufen. Kaiser-Wilhelm-
 Straße 16, beim Alexander-
 Platz. 252

Möbel
 In schwerer, ge-
 diegene, eichene Speisestühle
 äußerst preiswert. Möbel-
 haus M. Pichowitz, Süd-
 Oststr. 25. Dönhofs-
 Kottbuser Tor. 1898

Kaufgesuche
 Elektrische Inzallations-Materi-
 alien aller Art laut preis-
 wert: Kaiser, Prinzenstr.
 Straße 4. Moritzplatz 12 912.
 7 1/2

Wollstoffe! Gramm bis
 7,70! Fahrgasse! Reizen!
 Ringel! Kästchen! Schil-
 trumps! Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!

Verschiedenes
 Umgepicht nach den neuesten
 Formen werden Damen- und
 Herrenhüte. Rose, Koll-
 holzstraße 20/21. 942

Arbeitsmarkt
 Schlosser auf Mittelrochelt
 verlangt Ed. Fals, Tempelhof.
 2732
 Kellere Mann, der Zerk-
 beitung befreit, sucht Kon-
 nederhau, Treff-
 Straße 5. 959
 Schuhmacher, Herren- und
 Damenrod, Boden, in
 außer dem Hause, dauernde
 Beschäftigung. H. Ditzgen,
 Jehoniststraße 13. 1154
 Arbeiterin auf Seidenmüchel.
 Krause, Schönhauser Allee 120.
 942

Wollwaren. Wollen Sie
 Wollwaren noch billig kaufen,
 müssen Sie in den Flauen
 Bazar laufen. Kaiser-Wilhelm-
 Straße 16, beim Alexander-
 Platz. 252

Möbel
 In schwerer, ge-
 diegene, eichene Speisestühle
 äußerst preiswert. Möbel-
 haus M. Pichowitz, Süd-
 Oststr. 25. Dönhofs-
 Kottbuser Tor. 1898

Kaufgesuche
 Elektrische Inzallations-Materi-
 alien aller Art laut preis-
 wert: Kaiser, Prinzenstr.
 Straße 4. Moritzplatz 12 912.
 7 1/2

Wollstoffe! Gramm bis
 7,70! Fahrgasse! Reizen!
 Ringel! Kästchen! Schil-
 trumps! Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!
 Fahrgasse! Fahrgasse!

Verschiedenes
 Umgepicht nach den neuesten
 Formen werden Damen- und
 Herrenhüte. Rose, Koll-
 holzstraße 20/21. 942

Arbeitsmarkt
 Schlosser auf Mittelrochelt
 verlangt Ed. Fals, Tempelhof.
 2732
 Kellere Mann, der Zerk-
 beitung befreit, sucht Kon-
 nederhau, Treff-
 Straße 5. 959
 Schuhmacher, Herren- und
 Damenrod, Boden, in
 außer dem Hause, dauernde
 Beschäftigung. H. Ditzgen,
 Jehoniststraße 13. 1154
 Arbeiterin auf Seidenmüchel.
 Krause, Schönhauser Allee 120.
 942

Tüchtiger Uhrmacher
 zum Aufhandhaben d. Uhren
 u. für kleine feinermechanische
 Arbeit. u. groß. Wert gefast.
Auer-Gesellschaft,
 Brin. 017, Ehrenbergstr. 11/14

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelehrte Arbeiter und Plagarbeiter
 in größerer Zahl
**Schlosser, Dreher,
 Elektromonteur.**
Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremen.
 Rathenow, Bahnhofsstr. 22.

Buchhalterin
 (Kontoristin)
 mit guter Handschrift sofort gesucht.
 Schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen an
Buchhandlung Vorwärts,
 Lindenstraße 3.
 237/17

Tüchtige Klempner
 und
 Tapezierer
 suchen sofort
**Halberstädter
 Flugzeugwerke G. m. b. H.,**
 Halberstadt.

Installateure
 für Elektrik, Gas und Wasser
 laufen günstig. Kurzeit. 18.
Junge Maschinen
 für leichte Arbeit verlangt
 A. Croon-Fabrik, Ritterstr. 34.

Gewissenhafter Hauskünstler,
 millitärer, mit gut. Zeugnissen.
A. Croon-Fabrik, Ritterstr. 34.
Ständige Schuhmacher
 verl. Letzer, Königh. 34, I. [

Gesucht
 gute Plattenhersteller
 auf meine Platten. Dauernde
 Stellung, auch Handwe-
 reien für Damenwäsche.
Appenzeller Handstickereien
 Unter den Linden 56, Zoffernhof.

Tüchtige Bleilöter
 bei dauernder Beschäftigung so-
 fort gesucht.
J. E. Carl Ostel,
 Berlin NW, Mittelstr. 2-4.

Merren-Moden
 nach Maß unter Gar-
 rantie tadelloser Sitzes.
 Gutes Stofflager vor-
 handen
 Auch Stoff zum Anfertigen
 nehme Stoff an.
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 37 II
 Tel.: Amt Königstadt 8570

**Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.**
 Botenfrauen verlangt sofort
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.

**Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.**
 Botenfrauen verlangt sofort
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.

**Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.**
 Botenfrauen verlangt sofort
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.
 Seitungs- und Fabrik-
 Expedition, Pringestr. 31.
 Botenfrauen verlangt
 Ausgabestelle Berlin-Welt,
 Blumenhofstraße 8, Hof-
 partee bei Stolpmann.

Klempnerlehrling
 stellt ein H. Marx, Berlin-
 Grunewald, Suderstr. 11, 8,
 nahe Bahnhof Galessee. [21572]

Mehrere Möbelwischer
 auf feste Arbeit, nach
 Zeichnung, für dauernde
 Beschäftigung verlangt
Alex. Herman
 G. m. b. H.,
 Berlin N 20, Panfir. 29.

Automobil-Schlosser
 auf Overheadbetten gesucht.
 Int. Aut.-Zentrale C. Lederer,
 Georgenstr. 11.